

WIDER|SPRUCH

Widerspruch Nr. 3 (01/82) Friedensbewegung & Friedenstheorie
(1982)
INHALTSVERZEICHNIS

Artikel	Das Thema: Friedensbewegung & Friedenstheorie	3
	<i>Alexander von Pechmann</i> Über die Grundlagen der gegenwärtigen Friedensforschung	6
	<i>Helmut Gollwitzer</i> Staatsgewalt und Krieg. 16 Thesen	19
	<i>Bernard Léon</i> Eine Anfrage	26
	<i>Karl-Peter Markl</i> Spiel und Ernst. Kritische Erwägungen zur Entscheidungstheorie angesichts Overkills	30
	<i>Elmar Treptow</i> Widerspruch und Versöhnung: Überlegungen zu Krieg und Frieden	41
	<i>Martin Schraven</i> „Frieden“ und „Krieg“ in der marxistischen Philosophie	49
Umfrage	Umfrage am Fachbereich: Was haben Philosophen mit dem Frieden zu tun?	63
Berichte und Rezensionen	Bernhard Heitmann (Red.): Dialektik 2. Hegel - Perspektiven seiner Philosophie <i>Alexander von Pechmann</i>	66
	Reiner Steinweg (Red.): Der gerechte Krieg <i>Alexander von Pechmann</i>	67
	Rowohlt (Red.): Zuviel Pazifismus? <i>Angela Redinger</i>	68
	Kriegsgefahr und Friedenspolitik: Bericht von der 3. sozialistischen Konferenz <i>Paul Bayer</i>	71
Diskussion und Kritik	<i>Alexander von Pechmann</i> Anmerkungen zu E. Treptows Artikel in 2/81	75
	<i>Elmar Treptow</i> Notiz zur Gewalt an der Universität	79
Anhang	Verzeichnis der AutorInnen	81
	Impressum	82

WIDERSPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (01/82) Friedensbewegung & Friedenstheorie (1982), S. 3-5

AutorenInnen: *Redaktion*

Zum Thema

Zum Thema

Friedensbewegung & Friedenstheorie

Die Erhaltung des Friedens ist unbestritten dasjenige Thema, das die Öffentlichkeit derzeit am meisten bewegt. Vor allem die Kirchen, die Parteien und Gewerkschaften diskutieren lebhaft und kontrovers die Probleme der Bedrohung durch einen atomaren Krieg und die verschiedenen Strategien der Sicherung des Friedens. Auch in den Sozial- und neuerdings den Naturwissenschaften wächst das Bewußtsein über die Gefährdung des Friedens durch die traditionelle Abschreckungsstrategie und über die Folgen eines atomar geführten Krieges.

Welche Haltung aber kann und soll die Philosophie angesichts der wachsenden Friedensbewegung in aller Welt einnehmen? Ist der Frieden überhaupt ein Thema, das in den Gegenstandsbereich der Philosophie fällt? - Nun läßt sich die Antwort auf diese Fragen nicht unabhängig von dem Verständnis von Philosophie vornehmen. Manche Philosophen etwa meinen, Philosophie habe es nur mit der Sprache oder den Wissenschaften zu tun; das Friedensproblem sei Aufgabe der Sozialwissenschaften und daher nicht der Philosophie. Unseres Erachtens ist dies eine dogmatische und unzulässige Einschränkung der Philosophie.

Philosophie hat ihre gesellschaftliche Legitimation nur dann, wenn sie sich die Probleme des wirklichen Lebens zum Gegenstand macht und ihren spezifischen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leistet. Was anderes aber als die Erhaltung des Lebens der Menschheit und ihrer friedli-

zum Thema

chen Weiterentwicklung könnte angesichts des bestehenden Vernichtungspotentials von größerer Bedeutung sein. Die Fragen nach der realen Möglichkeit des Friedens, nach seinen allgemeinen Bedingungen und Voraussetzungen sind Themen, auf die die Philosophie zu antworten, und die sie im Zusammenhang mit der wirklichen Praxis zu behandeln hat.

Alexander von Pechmann behandelt im einleitenden Artikel die wichtigsten Friedenskonzeptionen, die der sog. „Friedensforschung“ zugrunde liegen. Die Abschreckungs-, die Kooperations- und die Theorie der strukturellen Gewalt werden dargestellt und auf deren immanente Problematik hin untersucht.

Beispielgebend für die Philosophie könnte der Beitrag von Helmut Gollwitzer „Staatsgewalt und Krieg“ sein, der auf theologischem Gebiet demonstriert, wie allgemein Prinzipien zur Begründung einer konkreten Friedenspraxis dienen können. Zwar bilden die „16 Thesen“ ein Begründungskonzept für das praktische Handeln des Christen; nichtsdestoweniger können sie in ihrer systematischen Durchführung einen Eindruck von der Aufgabe vermitteln, vor der die Philosophie angesichts des Friedens steht.

Mit einer „Anfrage“ will Bernard Léon darauf hinweisen, daß trotz der Bedeutung theologischer Begründungen das Problem der Staatsgewalt unterbestimmt bleibt, und daß diese Argumentation zu Unzulänglichkeiten führt.

Mit der Untersuchung einiger spieltheoretischer Modelle zeigt Karl-Peter Markl, daß ihre Übertragung auf die politischen Probleme der Friedenssicherung angesichts Overkill zu immanenten Schwierigkeiten und Widersprüchen führt.

Von Elmar Treptow stammt der Beitrag „Widerspruch und Versöhnung“, der dem dialektischen Verhältnis beider Hegriffe bei Hegel und Marx nachgeht. Hegels idealistisches Versöhnungskonzept sei an der

zum Thema

Geschichte, die den unversöhnlichen Gegensatz in der Gesellschaft aufwies, gescheitert; Marx hingegen konnte diesen gesellschaftlichen Gegensatz materialistisch erklären, indem er ihn auf seine ökonomische Wurzel zurückführte, und damit auch die Bedingungen der Überwindung des Gegensatzes angeben.

Ein wichtiges und bei uns umstrittenes Thema greift Martin Schraven auf: „Frieden“ und „Krieg“ in der marxistischen Philosophie. Ausgehend von Marx, Engels und Lenin gibt er einen Einblick in die derzeitige Situation der Friedenstheorie in der DDR. Vielleicht kann dieser Beitrag einige unnötige Vorurteile und Mißverständnisse abbauen.

Interessant erscheint uns das Ergebnis einer Umfrage zum Friedensthema, die wir am philosophischen Fachbereich durchgeführt haben, und das wir in einer Zusammenfassung vorstellen wollen.

Rezensionen einiger wichtiger Bücher zur Friedensbewegung und ein Diskussionsbeitrag zum Thema des vergangenen Heftes beschließen den Band, von dem wir uns wünschen, daß er Euer kritisches Interesse findet.

Die Redaktion

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 6-18

Autor: *Alexander von Pechmann*

Artikel

**Alexander von
Pechmann**

**Über die Grundlagen der gegenwärtigen
Friedensforschung**

Mit der Diskussion über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und über die Grundlagen einer Friedenspolitik ist auch die Friedensforschung wieder in den Gesichtskreis der Öffentlichkeit gerückt. Friedensforscher sind zu Exponenten einer bundesweiten Debatte geworden, die sich an der Kontroverse über die friedenssichernde Funktion des Nato-Doppelbeschlusses entzündet und seitdem weitere Themenbereiche einbezogen hat.

Die inhaltlichen und methodischen Grundlagen der Friedensforschung sind keineswegs einheitlich, sondern spiegeln in ihrer Unterschiedlichkeit die öffentliche Kontroverse um eine politische Strategie des Friedens wieder. Im folgenden Beitrag kann es also weder darum gehen, ein Bild dieser komplexen Situation zu vermitteln, noch um die ausführlichere Darstellung von Ausschnitten aus diesem Wissenschaftsbereich. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, nur den allgemeinen Begriffsrahmen der verschiedenen Theorien des Friedens anzuführen, wie es innerhalb einer philosophischer; Zeitschrift auch am angemessensten erscheint.

Historischer Rückblick:

Als eigenständiger Forschungsbereich wurde die Friedensforschung in den USA unter dem Eindruck des Schocks über den 1. Weltkrieg und unter dem „traumatischen Erlebnis der russischen Revolution“¹ institutionalisiert. Ihren ersten Höhepunkt erreichte sie als „Konfliktforschung“ in der Zeit des „Kalten Krieges“.² Gegenstand der Friedensforschung wurde zunächst das „internationale Droh- und Abschreckungssystem“, das nach seinen militärstrategischen, (sozial-)psychologischen und politischen Aspekten untersucht wurde.³ Mit dem Übergang zur Entspannungspolitik verbreiterte und verlagerte sich der Inhalt der Friedensforschung. Es kam zu Entspannungsmodellen (Ch. Osgood, A. Etzioni), die den Rüstungswettlauf durch geplante Abrüstungsschritte (Gradualismus) zu verhindern versuchen sollten, und in den Vorschlägen einer „antagonistischen Kooperation“ (v. Bredow) und einer internationalen Friedensordnung⁴ mündeten. Parallel dazu entstand die sog. „kritische Friedensforschung“, die die Problematik der 3. Welt, soziale Gewalt, Hunger und Unterdrückung, mit in die Friedensforschung einbezog, von einem weltweiten System „organisierter Friedlosigkeit“ (Senghaas) sprach und Modelle gewaltfreier Aktionen entwickelte.

Die Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ 1970 auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Heinemann machte nicht nur deutlich, daß die Bundesrepublik den Anschluß an die Entwicklung der internationalen Lage gefunden hatte, sondern deutete auch schon den inneren Konflikt zwischen den „Traditionalisten“ und den „Modernisten“ hin. Der Austritt Bayerns aus der DGFK signalisiert, wie brüchig die gemeinsame Plattform der Friedensforschung in der jüngsten Vergangenheit geworden ist. Es bleibt abzu-

¹ A.-D. Calamaros, Internationale Beziehungen, Stuttgart 1974, 16.

² Die amerikanische Soziologin Jessie Bernard fragte noch 1950: „When the Communists turned their battery of conflict techniques on us, we had no theory to cover modern conflict situations. Did the sociologists have anything creative to offer in the cold war?“ J. Bernard, Where is the Modern Sociology of Conflict? In: American Journal of Sociology, 56, 1950, 463.

³ vgl. D. Senghaas, Konflikt und Konfliktforschung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie XXI, 1969.

⁴ vgl. W.V. Bredow, Antagonistische Kooperation als Form der Systemkonkurrenz. In: M. Funke (Hrsg.), Friedensforschung Entscheidungshilfe gegen Gewalt, Bonn 1978, 313. – G. Zellentin, Europäische Friedensordnung: Zielverstellungen, Strategien und Handlungspotentiale. In: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. II, Düsseldorf 1972.

warten, ob die derzeitige Friedensdiskussion einen Kompromiß herstellen kann, oder ob sich die Flügel der konfliktorientierten Abschreckungstheoretiker und der Entspannungs- und Abrüstungsvertreter voneinander abspalten werden.

Die Theorien der Gewalt:

Doch wenden wir uns nun den grundlegenden Inhalten der Friedensforschung zu. Ausgangspunkt und zugleich einzige Gemeinsamkeit der Friedentheorien ist die Definition des Friedens als *Abwesenheit von Gewalt*. Mit dieser Definition sollte die Friedens- von der umfassenderen Konfliktforschung abgegrenzt und zugleich deutlich gemacht werden, daß es ihr nicht um die Herstellung der Utopie einer schlechthin konfliktfreien „gesellschaftlichen Harmonie“⁵, sondern um die gewaltfreie Regelung zwischenmenschlicher und -staatlicher Konflikte geht. Gleichfalls sollte mit dieser Friedensdefinition der Abstand zu den Sicherheitstheorien hergestellt werden, die zur Aufrechterhaltung oder Erreichung der eigenen Sicherheit Gewalt nicht prinzipiell ausschließen. Ausdrücklich sollte also das Problem der Gewalt, ihrer Ursachen und ihrer Beseitigung oder Verhinderung im Mittelpunkt der Erforschung stehen.

So kurios es auch scheinen mag – um uns mit den Theorien des Friedens vertraut zu machen, müssen wir uns zunächst mit den Gewalttheorien befassen; denn da der Frieden durch die Negation oder Privation von Gewalt bestimmt wird, liegt die inhaltliche Bestimmung des Friedens in dem, was als Gewalt erkannt wird. Innerhalb der Friedensforschung lassen sich im Großen und Ganzen drei unterschiedliche Gewalttheorien festmachen. Dieser prinzipielle Unterschied schließt nicht aus, daß die einzelnen Friedensmodelle aus einer Kombination von zwei oder gar drei dieser Theorien bestehen; aber als in sich geschlossene Theorien sind sie nicht weiter aufeinander zurückführbar. Diese drei Theorien der Gewalt sind:

1. die Theorie des Machtstrebens,
2. des Interesses und
3. der strukturellen Gewalt.

Ihnen entsprechen die Theorien des Friedens als

1. Abschreckung, als
2. Kooperation und als
3. soziale Gerechtigkeit.

5 D. Senghaas, *Gewalt, Konflikt, Frieden*, Hamburg 1974, 9.

1. Die Theorie des Machtstrebens:

Diese Theorie erklärt das Phänomen der Gewalt gegenüber anderen Menschen oder Staaten aus dem Streben nach Macht. Die vorhandene Macht, das Potential der Gewaltmittel, würde eingesetzt, um die eigene Macht zu schützen oder zu vermehren. „In einer Mächtestruktur“, so C.F. v.Weizsäcker, „ist der zuverlässigste „Schutz eigener Macht“⁶. Da die Macht ihrem Wesen nach die Fähigkeit hat, „praktisch unbegrenzt akkumulierbar“⁷ zu sein, folgt daraus, daß sie nicht nur die Bedingung von Gewalt ist (wer machtlos ist, kann auch keine Gewalt einsetzen), sondern daß sie auch als der *letzte Zweck* der Gewaltausübung angesehen wird. Die Gewalt wird eingesetzt, um die eigene Macht zu vermehren und ist ein inhärentes Moment der Macht selbst.

Ohne nun auf die differenzierten Annahmen über den Grund und die Ursache dieser Macht- und Gewaltstruktur einzugehen, ist es dennoch ein allgemein feststellbarer Zug dieser Theorie, die Macht im Anthropologischen zu verankern.⁸ Das Motiv der gewaltsamen Akkumulation von Macht wird entweder biologisch in der genetischen Vorprogrammierung des menschlichen Verhaltens oder psychologisch in der menschlichen Triebausstattung⁹ oder ideologisch im menschlichen Beherrschtsein von Ideen, „Wahrheiten“ (v. Weizsäcker) und Weltanschauungen gesehen. Wie auch immer - das Phänomen der Gewalt wird auf eine *anthropologische Grundkonstante* zurückgeführt und das Machtstreben als Gewaltauslöser und damit als eigentlicher Hinderungsgrund des Friedens betrachtet.

2. Die Theorie der Interessensvertretung:

Diese Theorie knüpft an das klassische Verständnis vom Krieg als einer Politik mit anderen Mitteln an. So wie der Krieg als zwischenstaatliche

⁶ C.F. v.Weizsäcker, Das Friedensproblem. In: ders., Der Garten des Menschlichen, München 1977, 37.

⁷ ebd.

⁸ W.-D. Narr, Demokratie und Frieden, in: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. II, Düsseldorf 1972, 15: „Eingestandener- oder uneingestandermaßen ist in dieser oder jener Modifikation und neueren Begründung nach wie vor die Hobbesche Tradition herrschend. Sie enthistorisiert das Phänomen der Gewalt und verlegt es ins menschliche Wesen, radiziert es sozusagen physisch-metaphysisch.“

⁹ vgl. dazu, I. Eibl-Eibesfeldt, Krieg und Frieden aus der Sicht der Verhaltensforschung, München 1975. – K. Horn, Gibt es einen Aggressionstrieb? In: M. Funke, a.a.O., 31 ff.

Gewaltanwendung den Gesetzen der jeweils herrschenden Politik gehorcht, so gehorcht die Gewalt allgemein den Gesetzen der Realisierung bestimmter Interessen. Die Gewalt ist also nach dieser Konzeption kein Ausbruch menschlicher Urtriebe, sondern ein rational eingesetztes Mittel, um einen festgelegten Zweck gegenüber anderen erreichen zu können. Ihr Einsatz geschieht weder plötzlich, als irrationaler Gefühlsausbruch, noch kontinuierlich und permanent als immanentes Moment der menschlichen Triebstruktur, sondern ist zeitlich begrenzt und bedingt durch ihre Zweckmäßigkeit, d.h. ein kalkuliertes Mittel zur Erreichung eines vorgegebenen Ziels. Die Interessen selbst, also die Motive des gewaltsamen Handelns, können beliebig und damit auch wechselnd sein, die bestimmte Vermehrung der eigenen Macht, die Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit und Existenz usw. – Daraus ergeben sich, wie sich unten zeigen wird, gewisse Vorteile in der Begründung einer Theorie des Friedens, aber auch konzeptionelle Nachteile, die auf dem Interessenbegriff beruhen.

3. Die Theorie der strukturellen Gewalt:

Diese Theorie sieht als Grundproblem der existierenden Gewalt nicht die personelle Gewalt an, also die Anwendung von Macht durch ein trieb- oder interessengeleitetes Subjekt, sondern vor allem die Gewalt der sozialen Struktur, der institutionalisierten Herrschaft. Von J. Galtung kam der Vorschlag, strukturelle Gewalt als „soziale Ungerechtigkeit“¹⁰⁾ zu bestimmen und Gewalt selbst allgemein als Ursache der Differenz zwischen der potentiellen und aktuellen Verwirklichung der somatischen und geistigen Bedürfnisse des Menschen zu definieren.¹¹

Die Gewalt wird also in dieser Theorie entsubjektiviert und in die Herrschaftsstruktur der Gesellschaft verlegt; es braucht zur Gewalt keinen Täter, sondern die Struktur selbst produziert die Gewalt. Arbeitslosigkeit, Hunger, Repression oder Elend üben Gewalt aus, ohne daß ein Individuum dafür verantwortlich und damit schuldig gemacht zu werden braucht.

So wichtig dieser Aspekt der strukturellen Gewalt auch ist, es wird sich zeigen, daß die Probleme dieser Theorie vor allem in der Ausarbeitung einer positiven Friedentheorie und darausfolgend einer Friedensstrategie enthalten sind.

¹⁰ J. Galtung, Gewalt, Frieden und Friedensforschung. In: M. Funke, a.a.O., 108.

¹¹ ebd., 101.

Die Theorien des Friedens:

Der Definition des Friedens als Abwesenheit von Gewalt entsprechend formulieren sich die drei Friedenstheorien der Abschreckung, der Kooperation und der sozialen Gerechtigkeit in der Konfrontation mit den Konzepten von Gewalt.

1. Die Abschreckungstheorie:

Da die Ursache der Gewalt nach Auffassung der „Machttheoretiker“ letztlich in einem Trieb zur Macht besteht, kann die Gewalt nur verhindert und damit der Frieden gewährleistet oder erreicht werden, wenn es einen anderen, entgegengesetzten Trieb gibt, der den Menschen an der Gewaltausübung hindert. Im Gefolge von Th. Hobbes wird angenommen, es gäbe einen reinen Selbsterhaltungstrieb, der sich in der Furcht und insbesondere in der Furcht vor einem gewaltsamen Tode äußert.¹² Daraus kann dann abgeleitet werden, daß, wenn das potentielle Gewaltopfer seinerseits mit der Gewalt der Vernichtung droht, der potentielle Gewalttäter von der Gewaltausübung abgeschreckt wird. Drohung und Abschreckung sind daher nach diesem Friedenskonzept die beiden einander bedingenden Momente der Friedenssicherung und seine Garanten. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß dieses Abschreckungskonzept in sich widersprüchlich und inkonsistent ist. Man hat auf die immanente Logik von Friedenssicherung und Wetrüstung hingewiesen, die ihrer Konsequenz nach den gewaltsamen Konflikt immer wahrscheinlicher, statt unwahrscheinlicher macht.¹³ Denn was für den einen als *Drohmittel* zur Abschreckung gilt, erscheint dem anderen notwendigerweise als *Gewaltmittel* zur Vermehrung von dessen Macht. Dieser muß also seinerseits ein Drohpotential schaffen, das den ersteren von der Gewaltausübung abzuschrecken vermag, was jedoch von diesem wieder-

¹² Th. Hobbes, *Leviathan*, Stuttgart 1970, 118.

¹³ Z.B.: „Der Krieg überschattet in dieser Politik (der Abschreckung, A.v.P.) alles gesellschaftliche Leben, weil ja gerade seine politisch-propagandistische Vorwegnahme und die für die Glaubwürdigkeit von Abschreckungspolitik erforderlichen organisatorischen und psychischen Konsequenzen aus einer solchen Antizipation als Bedingung seiner Eindämmung begriffen werden. Der Versuch, mit Abschreckungspolitik den Krieg zu verhindern, führt nicht nur möglicherweise oder mit hoher Wahrscheinlichkeit, sondern notwendigerweise zu dessen umfassender Vorbereitung.“ D. Senghaas, *Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen*. In: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. I, Düsseldorf 1971, 96.

um nicht als Droh-, sondern als Gewaltpotential verstanden wird, etc., etc. Das gegenseitige Mißverständnis ist ein immanentes Moment der Abschreckungstheorie, und heizt die Spirale der gegenseitigen Aufrüstung an.¹⁴ Gelöst werden könnte diese selbstzerstörerische Logik allein dadurch, daß beide voneinander *wissen*, daß ihre Gewaltmittel allein Drohfunktion, aber kein, machtvormehrende Funktion besitzen. Aber dieses gegenseitige Wissen wäre nur über einen wechselseitigen Verständnisprozeß und dieser wiederum nur durch ein gegenseitiges Vertrauen in die Absichten des anderen möglich. Diese Annahme eines gegenseitigen Vertrauens widerspricht nun jedoch der Ausgangsthese, nach der der Frieden allein durch die gegenseitige Abschreckung, nicht aber durch die Verständigung, gesichert werden kann. Die Abschreckungstheorie kann also keine in sich schlüssige Theorie des Friedens formulieren: entweder führt die Strategie der Friedenserhaltung durch Abschreckung mit innerer Notwendigkeit zum Gegenteil, zum gewaltsamen Konflikt; oder aber sie muß die zusätzliche Annahme eines gegenseitigen Wissens einführen, das jedoch mit den Grundlagen der Theorie unverträglich ist.¹⁵

Die „aufgeklärten“ Abschreckungstheoretiker, die diesen inneren Widerstreit zur Kenntnis genommen haben, stehen daher vor einem schier unüberwindlichen Problem. Auf der einen Seite mißtrauen sie der Kraft der Vernunft, die die Verständigungsbereitschaft der Kontrahenten begründen könnte, da sie angesichts des Machtstrebens zu schwach und wirkungslos sein soll; auf der anderen Seite aber mißtrauen sie ebenso der friedenssichernden Funktion der Abschreckung und fordern deshalb einen „Vernunftstaat“, der die Kontrahenten zum Frieden zwingen könnte.¹⁶ Sie sind zwischen der Unüberwindlichkeit der „Machtstruktur“ und der Hoffnung auf Vernunft hin- und hergerissen, und formulieren in

¹⁴ Für dieses „Mißverständnis“ wurde in der Friedensforschung der Begriff der „autistischen Feindschaft“ geprägt; vgl. dazu, P. Stratmann, Vom Autismus kritischer Friedensforschung. Zur Kritik der Kritik. In: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu 'Das Parlament', 6.10.1973.

¹⁵ Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie durchdacht schon Hobbes' Friedenskonzept war. Er nimmt zwar auch die beiden Grundbestrebungen des Menschen nach Macht und nach Selbsterhaltung an; über er weiß, daß er zu einer überzeugenden Friedenstheorie nicht ohne die Annahme einer dritten Eigenschaft des Menschen, der Vernunft, auskommt. Problematisch bleibt bei ihm allerdings die Vermittlung der beiden natürlichen Triebe mit der Vernunft.

¹⁶ vgl. dazu etwa C.F. v. Weizsäcker, Das Friedensproblem, a.a.O., 35 ff.

dieser Weise die derzeitige Zerrissenheit aufgeklärter Abschreckungstheoretiker.

2. Die Theorie der Kooperation:

Diese Theorie gründet den Frieden darauf, daß sich die unterschiedlichen, ja entgegengesetzten Interessen in der Weise ausgleichen lassen, daß Gewalt nicht mehr als ein zweckmäßiges Mittel zur Verwirklichung der eigenen Interessen angesehen wird. Der Frieden soll durch ein System von Verträgen aufrechterhalten werden, das einerseits den „gegenseitigen Nutzen“ garantiert, das andererseits aber die Anerkennung des anderen, entgegengesetzten Interesses beinhalten muß. Dabei wird impliziert, daß der Vorteil, der durch das Vertragssystem erreicht wird, größer als der Nachteil ist, der durch die Vertragsverpflichtungen in Kauf genommen wird. An die Stelle „militärischer Gewalt (tritt) die allseitige Kooperation als Verhaltensmaxime“.¹⁷

Begründet wird dieses Friedenskonzept einer „intersystemaren Interessensverflechtung“¹⁸ von ihren Vertretern teils durch das „Gebot moralischer Vernunft“¹⁹, das die einzelnen Interessenssubjekte zur Anerkennung der wechselseitigen Interessen zwingen soll, teils bloß pragmatisch im Sinne der Zweckrationalität der Kooperationspartner. Im Begriff der „antagonistischen Kooperation“ etwa ist enthalten, daß trotz der Zusammenarbeit der entgegengesetzte Charakter der Interessen gewahrt bleiben muß. Bei aller unterschiedlichen Gewichtung der Aspekte innerhalb dieser Kooperationstheorie müssen von der Friedensforschung, die das Vertragssystem zum Gegenstand hat, drei Punkte beachtet werden: erstens muß es überhaupt einen Interessensinhalt geben, der zweckmäßig nur *gemeinsam* von den Beteiligten behandelt werden kann (z. B. Weltfrieden, Gütertausch, Rüstungskontrolle, etc.); zweitens muß die Realisierung dieses Inhalts für beide Seiten *vorteilhaft* sein; und drittens muß die *selbständige* Interessenssphäre der anderen Seite gewährleistet bleiben.

¹⁷ L. Brock, Problemlösung und Interessenpolitik. In: Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. III, Düsseldorf 1973.

¹⁸ G. Zellentin, Europäische Friedensordnung, a.a.O., 73.

¹⁹ L. Brock, a.a.O.

Gemeinsamkeit, jeweiliger Vorteil und gegenseitige Abgrenzung sind die drei wichtigsten Punkte, die innerhalb dieser Friedenstheorie in ein sinnvolles Verhältnis gesetzt werden müssen.²⁰

Dies zeigt auch schon die Problematik dieser Friedenstheorie an, die der Versuch ist, Unversöhnliches zu versöhnen. Der Frieden ist hier als ein sich selbsttragendes System von Gegensätzen konzipiert. Da die friedenserhaltende Gemeinsamkeit allein auf der selbständigen Interessenlage der Kooperierenden gegründet ist, ist der Frieden prinzipiell gefährdet. Er wird daher von den Befürwortern als ein Prozeß verstanden, in welchem sich ein allseitiges und komplexes Vertragsnetz herausbildet, das als solches die Kraft besitzen soll, die widerstrebenden Interessen einzubinden, indem es die Kosten der Vertragslösung gegenüber dem Nutzen der Vertragseinhaltung erhöht.

Zweifellos ist dies die gegenwärtig realistischste Friedenskonzeption. Sie erfordert nicht die metaphysischanthropologische Hypothese eines Machtriebes, sondern begreift Gewalt und Frieden als Ausdruck kalkulierter Interessensvertretung. Während der Frieden innerhalb der Abschreckungstheorie auf einer Spirale des Wettrüstens basiert, gründet er hier auf einer zunehmenden Komplexität von Verträgen, die aus sich selbst heraus den Frieden sichert. – Auch erfordert diese Theorie keine solch weitreichende Annahmen über das Wesen des Menschen, wie sie in der Theorie des Friedens als sozialer Gerechtigkeit enthalten sind.

3. Die Theorie der sozialen Gerechtigkeit:

Da der Frieden innerhalb dieser Theorie nur dann besteht, wenn die „strukturelle Gewalt“ beseitigt ist, und strukturelle Gewalt mit sozialer Ungerechtigkeit identifiziert wird, ist der Frieden hier nur unter der Bedingung, von sozialer Gerechtigkeit gewährleistet. Unter sozialer Gerechtigkeit wird dabei der gleichberechtigte Zugang der Individuen zu den gesellschaftlichen Gütern verstanden; ein Zustand, in dem die Differenz zwischen der potentiellen und aktuellen Verwirklichung der menschlichen Bedürfnisse aufgehoben ist.²¹

²⁰ vgl. W.v. Bredow, *Antagonistische Kooperation ...*, a.a.O. – G. Zellentin (Hg.), *Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa*, Boppart/Rhein 1976.

²¹ W.-D. Narr formuliert folgendermaßen: „Eine gemäß der historischen Möglichkeit, eine gemäß den materiellen Voraussetzungen die freie Gleichheit und die gleiche Freiheit aller gewährleistenden Gesellschaft, eine Gesellschaft, die die Möglichkeiten der einzelnen aller einzelnen nicht unterdrückt, sondern durch sie selbst zur Entfaltung bringt (Prozeß).“ W.-D. Narr, *Demokratie und Frieden*, a.a.O., 20.

Die auf diesem Konzept beruhende „kritische Friedensforschung“ versteht sich in theoretischer Hinsicht als eine Wissenschaft, die die verschiedenen Problembereiche der Friedensforschung – die Rüstungsdynamik, die Abhängigkeitsstrukturen und die Aggressionspotentiale – zu kombinieren versucht²² und sie in emanzipatorischer Absicht kritisch analysiert. Sie entwirft zugleich Modelle herrschafts- und damit gewaltfreier Sozialsysteme sowie Strategien der Systemveränderung.²³ – In praktischer Hinsicht entwickelt sie eine Praxeologie gewaltfreier Kampfformen, die mit friedlichen Mitteln eine friedliche Gesellschaft erreichen sollen.²⁴

Die Begründung dieser Friedenstheorie geschieht einestheils religiös – strukturelle Gewalt und Herrschaft werden als Formen der Welt verstanden, die nach christlichem Gebot überwunden werden müssen –, anderenteils vor allem durch eine durch die „kritische Theorie“ der Frankfurter Schule geprägte Gesellschaftsphilosophie, die Herrschaft als Entfremdung des Menschen von seinem Wesen betrachtet.

Die Problematik, mit der sich die kritische Friedensforschung konfrontiert sieht, ist ihr weitgefäßer Friedensbegriff. Da Frieden nicht nur negativ verstanden werden soll als Abwesenheit von „personaler Gewalt“, sondern positiv als ein schlechthin gerechter Zustand, fällt es ihr schwer, die Existenz der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen mit der Nochnicht-Existenz eines herrschaftsfreien Zustandes systematisch zu verbinden. Während im einen Fall der Frieden durch die gegenseitige Abschreckung der potentiellen Gewalttäter vermittelt und im anderen Fall durch das gemeinsame Interesse der Kooperierenden begründet wird, gelingt der kritischen Friedensforschung die Vermittlung zwischen einem friedlosen und einem gewaltlosen Zustand nur durch die Annahme einer allgemeinen und wesenhaften *Menschennatur*, deren Verwirklichung erst den Frieden zu schaffen vermag.²⁵ Problematisch bleibt dabei,

²² D. Senghaas, *Gewalt, Konflikt, Frieden*, 165 ff.

²³ vgl. W.-D. Narr, *Demokratie .. a.a.O.* – E.-U. Czempiel, *Friede als Strategie für Systemwandel*. In: ders., *Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung*, München 1972 – F. Vilmars, *Kommunitarismus – Friedenspolitische und friedenspädagogische Bedeutung produktiver Lernprozesse in Ost und West*. In: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. II, Düsseldorf 1972, 103 ff.

²⁴ Th. Ebert, *Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg*, Freiburg 1968; ders., *Gewaltfreie Aktion*. In: Funke (Hg.), a.a.O., 215 ff.

²⁵ vgl. F. Welsch, *Objektivismus und Optimismus „kritischer Friedensforschung“ in der BRD*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Berlin 1981, Heft 3-4, 412.

wie die Fremdbestimmtheit des Menschen durch die strukturelle Gewalt mit dessen Selbstbestimmung im Zustand der Herrschaftsfreiheit verbunden wird. Die Verbindung sollen vor allem die Friedenspädagogik und Friedensaktionen leisten, die als die wesentlichen Hebel zur Systemüberwindung und zur Schaffung einer menschengerechten Gesellschaftsordnung angesehen werden.

Der Eklektizismus der Friedensforschung:

Wenn im Vorherigen die drei Friedenstheorien der Abschreckung, der Kooperation und der sozialen Gerechtigkeit voneinander getrennt wurden, dann aus dem Grunde, weil sie auf unterschiedlichen Voraussetzungen beruhen. In sie gehen unterschiedliche Menschenbilder ein. Der ersten Theorie liegt ein „pessimistisches“ Menschenbild zugrunde, das den Menschen von irrationalen Trieben geleitet sieht, die für ihn als Verstandes- und Kulturwesen letztlich nicht beherrschbar sind; die zweite Theorie unterstellt ein „realistisches“ Menschenbild, das den Menschen von seinen jeweiligen Interessen geleitet sieht, die er mittels des Verstandes verwirklicht; und letztlich legt die dritte Theorie ein „optimistisches“ Menschenbild zugrunde, das ihn wesentlich als freies, sich selbst bestimmendes Wesen ansieht. – In ihrer reinen Form werden diese „Idealtypen“ jedoch von den Friedensforschern nicht verwandt. Vor allem in der Kombination von „Abschreckung“ und „Kooperation“, aber auch von „Kooperation“ und „sozialer Gerechtigkeit“ werden sie in den verschiedensten Mischformen und Schattierungen benutzt. Insbesondere die erste Kombination hat zu einer Vielzahl von „Entspannungsmodellen“ geführt, die die Schwächen und Probleme einer reinen Theorie der Abschreckung durch den „Interessenausgleich“, sowie umgekehrt die innere Problematik der „Vertragspolitik“ durch die Abschreckung kompensieren wollen. Aber auch Konzepte einer Verbindung von „Kooperation“ und „sozialer Gerechtigkeit“ wurden vorgetragen, die sich vor allem in Begriffen vom „Systemwandel“ oder der „Kommutation“ (Vilmar) niedergeschlagen haben.

Bei all diesen eklektischen Kombinationsversuchen ist es bedauerlich, daß die marxistische Friedenstheorie nahezu vollständig außerhalb der Diskussion geblieben ist, obgleich sie einen fruchtbaren Ansatz in die Diskussion hätte einbringen können. Ohne diese Theorie im Einzelnen vorstellen zu können²⁶, so nimmt sie ihren Ausgangspunkt im Unter-

²⁶ vgl. dazu in diesem Heft:

schied zu den behandelten Theorien nicht beim Menschen, der „an sich“ trieb-, interessengesteuert oder sich selbstbestimmend sei, sondern beim historischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaften, und verbindet Gewalt und Frieden mit den spezifischen Gesellschaftsformationen und dem Klassenbegriff. Gewalt und Krieg haben hier ihre Wurzeln im Antagonismus der kapitalistischen Klassengesellschaft, während der Frieden seine Grundlage in der klassenlosen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung findet. Diese Verbindung von Sozialismus und Frieden ist wohl auch ein entscheidender Grund dafür, daß bei uns in der Bundesrepublik diese Friedenskonzeption keinen Eingang in die Friedensforschung gefunden hat.

Literatur:

- Horst Afheldt u.a., Durch Kriegsverhütung zum Kriege? München 1972
- Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand, Frankfurt 1970.
- Irenäus Eibl-Eibesfeld, Krieg und Frieden, München 1973.
- Forschung für den Frieden, hg. v. der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Boppard/Rhein 1975.
- Manfred Funke (Hg.), Friedens-Forschung – Entscheidung gegen Gewalt, Bonn 1978.
- Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung Band I, Düsseldorf 1971 ff.
- Eckehart Krippendorff (Hg.), Probleme der internationalen Beziehungen, Frankfurt 1972.
- Dieter Senghaas, Gewalt-Konflikt-Frieden, Hamburg 1974; Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt 1972; (Hg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt 1972; (Hg.) Imperialismus und strukturelle Gewalt, Fft/Main 1972.
- G. Zellentin, Annäherung, Abgrenzung und friedlicher Wandel in Europa, Boppard/Rhein 1976.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 19-25

Autor: *Helmut Gollwitzer*

Artikel

**Helmut
Gollwitzer**

**Staatsgewalt und Krieg
16 Thesen**

1.

Wenn wir gemäß der Predigt Jesu unser Handeln vom Liebesgebot leiten lassen, so bedeutet das: a) Wir können die Imperative der Bergpredigt nicht als buchstäblich auszuführende Handlungsvorschriften und b) nicht als abstrakte und pauschale Prinzipien auffassen, durch die die Entscheidung für das Handeln in der jeweiligen Situation schon im voraus festgelegt ist. Daß Bonhoeffer in Fanö 1934 pazifistisch sprach und in der Kriegszeit das Attentat auf Hitler bejahte, ist weder Bruch noch Gegensatz, sondern geschah im gleichen Hören auf das Liebesgebot, aber in verschiedener Situation und auch in verschiedener Hinsicht (Massentötung im Kriege - Tötung eines Einzelnen zur Beendigung des Krieges). So gebietet das Liebesgebot auch Unterscheidungen gemäß immer neuer Fragen, z.B. hinsichtlich der Gewaltmittel: a) Unterscheidung der Problematik innerstaatlicher Gewalt (Polizei, Justiz) und militärischer Gewalt; b) Unterscheidung von rebellio justa (zur Herstellung der Rechtsgewalt, wo diese durch ein Mordregime zerstört ist, z.B. 20. Juli 1944, Nicaragua, El Salvador) und bellum justum; c) Unterscheidung je nach Entwicklung der militärischen Technologie (von Pfeil und Bogen und Schwert über Schußwaffen und Artillerie bis zu den ABC-Waffen-Vernichtungsmitteln). Man darf nicht alles in einen Topf werfen. In dieser „noch unerlösten Welt“ muß das Recht bewaffnet sein (Barmen

V). Mit diesem allgemeinen Satz ist aber noch nicht gesagt, ob jede Waffe ihrer Natur nach geeignet ist, eine Waffe des Rechts zu sein. Für die Entdeckung, daß Handgranaten und Maschinengewehre keine geeigneten Waffen für eine an ihre Rechtsaufgabe gebundene Polizei sein können, hat es bei uns erst einer längeren Debatte bedurft. Im zwischenstaatlichen Leben ist heute die Frage, ob ABC-Waffen geeignete Mittel für Staaten zur Verteidigung ihrer Rechte sein können. Veränderte Situationen stellen veränderte Fragen.

2.

Liebe und Gewalt liegen nicht auf gleicher Ebene und sind deshalb nicht Gegensätze. Liebe ist der Täter, Gewalt ist eine Weise des Tuns, sei es der Liebe, sei es ihres Gegenteils, des Egoismus. Gewaltfreies Tun ist der Liebe adäquater als Gewalttätigkeit, ist *opus proprium* der Liebe, wogegen Gewaltanwendung *opus alienum* der Liebe ist. Deshalb ist Gewaltanwendung gegen Menschen eine paradoxe Gestalt der Liebe, zu der die Liebe sich erst überwinden muß, und die für sie darum nur ein Durchgangsmodus sein kann: vom *opus alienum* zum *opus proprium*. Adressat des Tuns der Liebe ist nach der Bergpredigt immer der „Bruder“, der geschwisterlich verbundene Mensch; auch der Feind jeder Art gehört unter Gottes Vaterschaft zu meinen Geschwistern. Deshalb steht die Anwendung der äußersten Gewalt, der tötenden Gewalt, unter der schwersten Fraglichkeit und ist nur im äußersten Grenzfalle als Tun der Liebe denkbar.

3.

Die Aufhebung des Faustrechts durch das staatliche Gewaltmonopol ist ein zivilisatorischer Fortschritt, den der Jünger Jesu bejahen muß. Die Erhaltung und Verbesserung des Rechtsstaates gehört deshalb zu seinen Aufgaben. Die *rebellio justa* ist ein Grenzfall: Dort, wo das staatliche Gewaltmonopol nicht nur teilweise, sondern hauptsächlich dem Unrecht dient und keine Chance für eine gewaltlose Veränderung des Unrechtszustandes mehr gesehen wird, dient der gewaltsame Sturz einer verbrecherischen Regierung der Wiederherstellung des Rechts.

4.

Im zwischenstaatlichen Bereich besteht bisher noch kein Gewaltmonopol; es herrscht Faustrecht. Deshalb ist der Krieg bisher eine nicht entfernbare Institution des Staatenlebens gewesen. Die Entwicklung der Militärtechnik ist der entscheidende Sachzwang, der die Beseitigung der Institution des Krieges zur dringendsten Aufgabe heutiger Politik macht.

John F. Kennedy: „Entweder wir schaffen den Krieg ab, oder der Krieg schafft uns ab.“

5.

Es ist Gehorsam gegen das Liebesgebot, wenn Jünger Jesu sich dafür entscheiden, an der staatlichen Gewalt (und d.h. auch: an der Verwaltung und Anwendung der staatlichen Gewaltmittel) aktiv sich zu beteiligen und diese nicht denen zu überlassen, die nicht unter dem Einfluß der Weisungen Jesu stehen. Diese Entscheidung hat aber zur Folge, daß sie, solange zwischen den Staaten das Faustrecht herrscht, die Beteiligung an Militär und Krieg nicht mehr absolut ablehnen können. Daß die Glieder und Gruppen der Kirche in der Frage dieser Beteiligung nicht zu einer einheitlichen Antwort fanden, war sachlich unvermeidlich. Die Verneinung der Beteiligung an Militärwesen und Krieg war Selbstausschluß von der Beteiligung an der staatlichen Gewalt. Weil diese Beteiligung vom Liebesgebot gefordert wird, weil aber die daraus folgende Beteiligung am Kriegswesen ein äußerster Grenzfall des *opus alienum* der Liebe ist, war es unvermeidlich, daß das christliche Gewissen bei den einen für die Beteiligung, bei den anderen für die Nicht-Beteiligung sich entschied. Beide Entscheidungen können eine legitime Antwort auf das Liebesgebot sein - beide sind miteinander nicht zu vereinbaren - beide stellen die unvermeidliche, harte Alternative dar, ohne eine dritte Möglichkeit als Ausweg - beide können einander dienen zur Korrektur und Gewissensbeunruhigung - jede von beiden ist, für sich selbst genommen, unbefriedigend. Man kann sie „komplementär“ nennen; denn erst miteinander stellen sie dar den ganzen Dienst der Kirche am Staatsleben in der Zeit des internationalen Faustrechts als einer besonders brutalen Zeit der „unerlösten Welt“ (Barmen V).

6.

Die christlichen Großkirchen, die zum Dienst an der Welt in Gestalt der aktiven Beteiligung an der staatlichen Gewalt anhielten, haben die Beteiligung an Militär und Krieg nie absolut, sondern immer nur bedingt und begrenzt bejaht. Sie entwickelten dafür die Kriterien des „gerechten Krieges“. Damit sollte ein Krieg nicht objektiv als „gerecht“, also als schuldfrei erklärt werden, sondern diese Kriterien sind tauglich zur seelsorgerlichen Beratung und zur eigenen Gewissensbefragung der Regierenden und Regierten: Hoffe ich, die aktive Beteiligung an diesem Krieg hinsichtlich des Streitgegenstandes (*causa justa*), des Zieles (*pax*, Rechtsfrieden mit dem Gegner und nicht seine Ausrottung), der militärischen Mittel (*modus debitus*) und angesichts des durch ihn angerichteten Scha-

dens (Übelabwägung) als *opus alienum* der Liebe in der Zwangslage, die mir nur die Wahl zwischen Beteiligung und Nicht-Beteiligung läßt und mich mit der Verantwortung für die Folgen meiner Entscheidung belädt, vor Gottes Angesicht verantworten zu können? Diese Frage soll jeder sich stellen; jeder soll anhand jener Kriterien selber entscheiden und ist darum auch verpflichtet, sich möglichst selbständig zu informieren. Keiner soll blind dem Befehl der Obrigkeit gehorchen. Der recht verstandene Gehalt der Lehre vom „gerechten Krieg“ fordert den mündigen und kritischen Staatsbürger, der weiß, daß er nur das tun soll, was er nach eigener, gewissenhafter Prüfung hofft vor Gott vertreten („rechtfertigen“) zu können.

Diese Lehre gibt die strengen Bedingungen an, unter denen allein eine christliche Beteiligung am Ernstfall eines Krieges zu rechtfertigen ist, und sie legt den christlichen Gemeinden und den kirchlichen Amtsträgern die Pflicht auf, die vor diese Entscheidung gestellten Gemeindeglieder zu strenger Prüfung anzuhalten und dabei durch Information, Verkündigung und Gebet zu beraten und zu stärken, gegebenenfalls auch ihr Urteil über einen akuten Kriegsfall öffentlich auszusprechen.

7.

Der Schaden dieser traditionellen Lehre vom „gerechten Krieg“ lag nicht in ihr selbst, sondern in ihrer Nicht-Anwendung bzw. in ihrer mißbräuchlichen Verwendung. Sie diente faktisch zur Rechtfertigung jedweder Beteiligung am Kriegswesen statt zur kritischen Befragung dieser Beteiligung. Nach der Äußerung eines katholischen Theologen kann man die Kriege in der europäischen Geschichte, die jenen Kriterien entsprechen, an den Fingern einer Hand abzählen. Als kritisches Instrument blieb sie auf dem Papier; nie hat sie den europäischen Kirchen Anlaß zur Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung gegeben.

8.

Ein Ziel aber der aktiven Beteiligung an der staatlichen Gewalt muß für die Jünger Jesu, die sich dafür entscheiden, die Überwindung des zwischenstaatlichen Faustrechts sein. In der Neuzeit sind dafür Ansätze entwickelt worden (Völkerbund, Vereinte Nationen, Haager Konventionen, Rote-Kreuz-Konvention, Kellogg-Pakt, Nonproliferation-Vertrag, Verhandlungen über Rüstungskontrolle u.ä.). Die Großkirchen haben viel zu wenig erkannt, daß dies in der Linie ihrer Kriegsethik liegt, und haben weithin unterlassen, mit aller Kraft an diesen Ansätzen sich zu beteiligen. Das Anti-Militarismus-Programm des Ökumenischen Rates

fordert sie auf, das Versäumte in einer Stunde höchster Weltgefahr endlich nachzuholen.

9.

Nach jenen Kriterien hat ein mit den heutigen Massenvernichtungsmitteln (ABC-„Waffen“) geführter Krieg keine Chance, ein „gerechter Krieg“ zu sein. Christen können also an ihm sich nicht beteiligen. Die Kirchen haben das heute öffentlich und rechtzeitig zu erklären.

10.

Die beiden atomar gerüsteten Militärblöcke, NATO und Warschauer Pakt, bedrohen sich heute mit einem Krieg, der nach jenen Kriterien und nach den genannten internationalen Verträgen ein bellum iniustum, ein verbrecherischer Krieg ist. Christen könnten an ihm deshalb auch dann sich nicht beteiligen, wenn er nur die Vernichtung des gegnerischen Gebietes und nicht auch, wie es für die Deutschen der Fall ist, die Vernichtung des eigenen Landes zur Folge hätte. Standen schon die früheren Kriege unter einer Fraglichkeit, die eine Beteiligung an ihnen nur in den seltensten Fällen christlich möglich gemacht hätte, so stehen heute die Weisungen der Bergpredigt und die Beteiligung an einem atomar geführten Krieg in einem unüberbrückbaren Gegensatz. Die bei einem solchen Krieg zur Vernichtung verurteilte Bevölkerung der Gegenseite in unserem Falle der DDR, der Warschauer-Paktstaaten und der Sowjetunion sind unsere Brüder und Schwestern nicht weniger als unsere eigenen Mitbürger. Die Reue und Buße der Kirche dafür, daß sie durch ihre Versäumnisse zur heutigen Entwicklung der Militärtechnologie beigetragen hat, muß u.a. darin bestehen, daß sie in ihrer Verkündigung die Menschen der anderen Seite heute als Gottes geliebte Kinder und also als unsere Brüder und Schwestern erkennen läßt.

11.

„Gewaltandrohung“ dient der Abschreckung, sowohl innerstaatlich wie zwischenstaatlich, für letzteren Bereich also: si vis pacem, para bellum. Wie viele Kriege in der Vergangenheit durch Rüstung verhindert worden sind, wie viele trotz Rüstung ausbrachen und wie viele gerade infolge von Rüstung entstanden, ist statistisch kaum zu erfassen. Für heute gilt jedenfalls die Vorhersage von C. Wright Mills (1958): „Die Ursache des dritten Weltkriegs wird vermutlich die Vorbereitung auf ihn sein.“ Die heutige Abschreckungstheorie geht vom schlimmsten Falle (worst case) aus, unterstellt der Gegenseite Wahnsinn und beruht auf einer Abschreckungspsychose (vgl. Anton-Andreas Guha, der Tod in der Grauzone, Fischer-TB 4217, 1980, 182 ff: „Beruht das Abschreckungssystem auf

einer Psychose?"). Daraus ergibt sich die Aufgabe für die christliche Kirche, durch ihre Verkündigung dieser Psychose entgegenzuwirken und zu einer Sanierung der Vernunft beizutragen.

12.

Schon vor dem Atomkrieg ist die Rüstung für ihn tödlich für uns. Denn Rüstung zur Abschreckung unterscheidet sich heute von früher in folgendem:

a) Jedes der beiden Lager baut zu seiner Sicherung riesige Schutzmauern auf, die so labil sind, daß sie durch einen politischen Windstoß zusammenbrechen können, um dann alles, was sie schützen sollen, unter sich zu begraben; sie verlange von uns den unchristlichen Glauben an die übermenschliche Weisheit, Selbstbeherrschung und reine Friedensabsicht der Menschen an der Spitze, alles so im Griff zu haben, daß es nie aus ihrer Kontrolle gerät. Kein vernünftiger Mensch würde sich im Einzelleben durch solche „Sicherung“ gesichert fühlen.

b) Nicht erst der Krieg, sondern schon die jetzige Rüstung tötet, zuerst die vielen Millionen, die heute an der Welthungerkatastrophe sterben und gerettet werden könnten, wenn die für die Rüstung vergeudeteten Finanzen, Energien und Ressourcen ihnen zugute kämen - neben ihnen die Opfer unserer Waffenexporte, ohne die unsere Rüstungsindustrie nicht bestehen könnte - dann uns selbst durch Fehlen dieser Mittel für soziale Bedürfnisse und durch Erdrosselung unserer Demokratie schließlich unsere Erde durch Umwelt-Zerstörung und -Vergiftung. Die Verwüstung der Erde könnte nur abgewendet werden, wenn die soeben vom US-amerikanischen Verteidigungsminister C. Weinberger für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen Rüstungsausgaben in Höhe von 1 300 000 000 000 (1,3 Billionen) Dollar für diese Abwendung ausgegeben würden. Jede weitere Mark, die wir für Rüstung ausgeben, ist ein Beitrag zur Zerstörung von Gottes Schöpfung.

c) Wer sich auf solche Weise sichern läßt, der kann nicht mehr glauben und lieben im Sinne der Bergpredigt.

13.

Breschnew hat in seiner Rede auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU (Februar 1981) das einzige Richtige und Vernünftige angeboten: jetzt sofort die Rüstung einfrieren und dann ernsthafte Verhandlungen auf Herunterschrauben der Rüstungen auf ein möglichst niedriges Niveau beginnen. Die Neigung, Breschnews Angebot ebenso abzulehnen wie die früheren Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, verrät zweierlei: a) die hinter den Lippenbekenntnissen für die Abrüstung im Westen bestehen-

de Unlust zur Abrüstung, die vermutlich zusammenhängt mit der Absicht, die militärische Überlegenheit über den Osten zu erhalten bzw. immer wieder zu erreichen (Fähigkeit zum Erstschlag), und auch mit der Macht des militärisch-industriellen Komplexes; b) die Macht eines von rationaler Sowjetkritik wohl zu unterscheidenden irrationalen Antikommunismus, den man zu Recht die heimliche Staatsreligion des Westens genannt hat. Daß auch in den christlichen Kirchen weithin dieser Staatsreligion gefrönt wird, hat zur Folge, daß die Kirchen nicht den Mut haben, sie zu bekämpfen. Dies schließt sich an ihre früheren Versäumnisse an und zeigt ihre Verdrängung der Bergpredigt.

14.

Helmut Schmidt hat im Wahlkampf 1980 gesagt, es genüge nicht, friedenswillig zu sein, man müsse auch friedensfähig sein. Ob jemand friedensfähig ist, ist heute daran zu erkennen, ob er abrüstungsfähig ist.

15.

Entweder wir schaffen die Rüstung ab, oder die Rüstung schafft uns ab. Dieses Entweder-Oder ist jetzt exakt bewiesen worden durch die von Präsident Carter 1977 in Auftrag gegebene Studie des US-amerikanischen Amtes für Umweltfragen: „Global 2000“ (Verlag Zweitausendeins, Frankfurt/M. 1981). Diese bisher genaueste Zukunftsprognose, in der übrigens das Rüstungsproblem ausgeklammert ist, zeigt den erschreckenden Zustand, den die Menschheit mit Naturverwüstung, Hunger und weltweitem Massenelend im Jahre 2000 erreicht haben wird, in einer sprunghaft sich vollziehenden Entwicklung mit unumkehrbaren Folgen. Nur „große gemeinsame Anstrengungen“ können, wie in der Studie immer wieder versichert wird, diese katastrophale Zukunft verhindern. *Dieses* Jahr 2000 - das ist die Weltgefahr Nr. 1, auf deren Verhinderung sich alle Kräfte konzentrieren müssen. Die Rüstung nimmt dabei eine Schlüsselstellung ein: sie verhindert, daß es zu den gemeinsamen Anstrengungen kommt; sie beschleunigt durch ihre riesenhafte Vergeudung die Verwüstung der Welt. Nur wenn die Gelder, Kräfte und Ressourcen, die heute in die Rüstung gesteckt werden, für die „gemeinsamen Anstrengungen“ verwendet werden, wird die Erde im Jahre 2000 ein Platz für lebenswertes Leben sein. Ost und West haben einen gemeinsamen Feind, diese Weltgefahr Nr. 1. Sie ernähren diesen gemeinsamen Feind durch die Rüstung, mit der sie sich voreinander schützen zu müssen meinen. Wer für die Rüstung arbeitet, arbeitet nachweislich für den größten Menschheitsfeind. Das alles ist jedem Politiker bekannt und liegt auf der Hand. Das Wort Rüstungswahnsinn ist nicht ein übertrage-

ner Ausdruck, sondern eine exakte klinische Bezeichnung. Die Politik, mit der heute Rüstung gerechtfertigt wird, gehört in die Zuständigkeit der Psychopathologie.

16.

Sowohl wegen der Tödlichkeit der heutigen Rüstung wie wegen der Unmöglichkeit, am Ernstfall des Krieges sich zu beteiligen, stehen die beiden möglichen Entscheidungen des christlichen Gewissens „Friedensdienst mit Waffe“ und „Friedensdienst ohne Waffe“ nicht mehr so komplementär nebeneinander, wie es in These 5 beschrieben worden ist und wie es für die auch heute noch möglichen vor-atomaren Kriege und für Kampfhandlungen von Freiheitsbewegungen noch denkbar ist. Die Formel der „Heidelberger Thesen“ war schon 1959 nur mit großen Bedenken akzeptabel (vgl. mein damaliges Votum in G. Howe (Hg.), Atomzeitalter - Krieg und Frieden, 1959), vor allem nur unter der Bedingung einer unverzüglich einsetzenden Entspannungs- und Abrüstungspolitik zur Ausnutzung der „Gnadenfrist“. Heute, nach über 30 Jahren, sind wir gerade infolge der ungehemmten Rüstungspolitik der Wahrscheinlichkeit des Atomkrieges erschreckend näher gekommen als 1959. Wer sich im Gewissen für den Militärdienst entscheidet, ist zu respektieren, wie auch ein irrendes Gewissen zu respektieren ist. Daß er seinen Wehrdienst als Friedensdienst versteht, müßte er wahr und erkennbar machen durch öffentliche Beteiligung an der heutigen Bewegung für Abrüstung. Friedensdienst ohne Waffen ist als Absage an Rüstung und Kriegsbeteiligung heute „ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensangebotes unseres Herrn“ (Erklärung der DDR-Kirchen „Zum Friedensdienst der Kirche“, 1965). Die Entscheidung für den Friedensdienst ohne Waffen vollzieht individuell, wozu die holländischen Kirchen jetzt uns alle, Kirchen und Bevölkerung in der Bundesrepublik, aufrufen in der Erkenntnis, „daß das heutige Wettrüsten unseren Glaubensgehorsam auf die Probe stellt“, und „in dem Bewußtsein, daß die Sünde, die sich hierin äußert, sich auch tief in unsere Herzen eingenistet hat“: „Schafft die Atomwaffen aus der Welt beginnt damit bei uns selbst und jetzt!“

Quellenangabe:

Diese Thesen sind erschienen in: H. Gollwitzer, Die Christen und die Atomwaffen, 6. Aufl., in: Theologische Existenz heute, 61, München, Kaiser (1957, 1981).

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 26-29

Autor: *Bernhard Leon*

Artikel

Bernhard Leon

Eine Anfrage

Lieber Herr Gollwitzer! Ihre Verdienste um eine auch von Christen unterstützte Friedensbewegung sollen ungeschmälert hier zugegeben und hervorgehoben werden, schon deshalb, weil man an dem nun seit 1957 sechsmal aufgelegten Bändchen „Die Christen und die Atomwaffen“ sieht, daß Sie nicht aus kurzatmigen oder vordergründig modischen Einflüssen folgendem Interesse heraus diese Frage stellen und dem Ihnen gemäßen christlichen Horizont entsprechend zu beantworten suchen. Daß Sie in gewisser Weise das gute Gewissen der Christen heute beinahe personifiziert repräsentieren, läßt immer wieder Hoffnung unter liberalen und fortschrittlichen Kräften diesseits und jenseits des ökumenischen Grabens aufleben, daß in der Kirche vielleicht doch noch etwas in Gang kommt, dieses Problem auf breiter Basis und bis in die hierarchischen Spitzen hinein zu diskutieren und, wenn man so will, die Frage des Krieges heutzutage einschließlich der atomaren Bedrohung, die einem berechtigterweise einen Schauer über den Rücken treibt, moralisch und von der Höhe der Kanzel herab zu ächten. Die Amtskirche nun hat auch bereits reagiert, und man ist in Ihren Kreisen beileibe nicht dazu geneigt, sich davon frustrieren zu lassen, im Gegenteil, man wird zu einer neuen Offensive blasen und dem bisherigen Dialog eine weitere Runde, offensichtlich auch mit denselben Prämissen, hinzufügen, in der Hoff-

nung, diesen Block „Amtskirche“ vielleicht doch noch ins Rollen zu bringen.

Meine kleine Anfrage will nun gar nicht so sehr danach fragen, ob denn der Erfolg die Mühe und den Aufwand lohnt immerhin kann man da auf 400 000 Demonstranten verweisen, die in Bonn zu gegebenem Anlaß spazieren gehen, schon allein deshalb nicht, weil das ja vorderhand nicht Kriterium um Ihrer angeführten Thesen sein kann. Vielmehr meine ich, ob das, was Sie zur Frage „Staatsgewalt und Krieg“ verlauten lassen, sich überhaupt so sagen läßt.

Zunächst nämlich sparen Sie Ihren Gegenstand, die Bestimmung der Staatsgewalt, völlig aus und kommen auch im ganzen Verlauf Ihrer Argumentation nicht darauf zurück. Anstelle also sich zu überlegen, wie die Staatsgewalt beschaffen ist, welcher Staat vorliegt, auf welcher Gesellschaftsform er basiert und wie und warum er demzufolge eine Gewalt braucht, wie und warum er sie einsetzt und zu welchem Zweck, kommen Sie, als Christ natürlich, gleich mit der dieser Staatsgewalt entsprechenden himmlischen Abstraktion daher:

„In dieser 'noch unerlösten Welt' muß das Recht bewaffnet sein.“

Anstelle also etwas über das, worüber zu handeln Sie vorgeben, auszusagen, haben Sie ein christliches Mysterium, den Sündenfall und alles, was daraus folgt, eingeführt. Niemand kann Ihnen bestreiten, daß Sie ein engagierter Christ sind, weil Sie nun tatsächlich mit dieser Mystifikation auf die Welt und was in ihr geschieht ganz entschieden losgehen:

1. Wenn schon der Teufel hier sein Unwesen treibt, so gibt es doch immerhin ein „ius divinum“ aus dem sich ein „ius naturale“ ableiten läßt, und schon haben Sie auch das wirkliche und existierende Recht, welches Sie erklären müßten, in das himmlische Geisterreich aufgenommen, und weil der Teufel das nicht tatenlos hinnimmt, muß man „dem Recht“ auch „das Schwert“ in die Hand drücken, und weil das Recht als Geist wohl zu schwach ist, um einen Bihänder zu führen, muß man dieses Schwert natürlich seinem materiellen Träger - na wem wohl -, dem Staat, in göttlicher Mission anvertrauen. Die Abschreckungstriade des Himmels, Gott – Recht - Staat, haben wir also schon einmal beieinander.

2. Der Erfolg stellt sich unverzüglich ein, der Teufel beginnt mit dem Rückzug, das „ius divinum“ ist auf dem Vormarsch und bietet nun dem Teufel Abrüstungsverhandlungen mit einschließlich der Nulloption an: Ihm gegenüber wird kein Pardon gegeben, ihm gegenüber ist die Liebe

nun nicht ein „opus proprium“, sondern ein „opus alienum“, im Klartext Gewalt, und der äußerste Grenzfall, mit allem was man hat zuzuschlagen, tritt in den Bereich des Möglichen und ist „denkbar“, ob nun mit oder ohne atomaren Warnschuß, abgestuft oder total.

3. Aber Halt! Gemach! Ihnen ist diese Triade nun doch zu schrecklich geworden, als theologischer Bastian fangen Sie nun an, am göttlichen Ratschluß zu zweifeln, oder wollen zumindest einen Doppelbeschluß erreichen: Einerseits ist die Staatsgewalt immer noch gut, ihre Perfektionierung in der Verwaltung der Unterdrückung stellt einen kulturellen Fortschritt dar, den der Christ unbedingt bejahen müßte, andererseits ist die Entwicklung der Militärstrategie beängstigend geworden, daß man vor der Anwendung dieser Mittel doch zurückschrecken sollte. Übrigens, Herr Gollwitzer, das kann Ihre Demission als himmlischer Abwehrstrategie bedeuten!

4. Immerhin unterstreichen Sie Ihre Brauchbarkeit doch ganz dialektisch. Das eine Mal schlägt Ihnen das Mittel, mit dem Kriege ausgetragen werden, um in den Grund für den Krieg, anders gesagt, der Krieg „bricht“ aus, obwohl ihn keiner gewollt hat, weil so viele Waffen herumstehen, so als würde sich ein Panzer oder eine Rakete ganz von selbst in Bewegung setzen. Das andere Mal ist es umgekehrt, denn nun geben Sie das Mittel des Krieges als Grund für seine Verhinderung aus, und Sie müßten dem Bundeskanzler und seinem PR-Team recht geben, daß die Nato die größte Friedensbewegung ist. Darüber hinaus zitieren Sie ausgerechnet Kennedy für diesen Quatsch, der den Russen übrigens ganz im Ernst schon einmal mit dem atomaren Knüppel gedroht hat anläßlich der Kubakrise.

Der kurze Exkurs über Ihre und der Kirche Auffassung zum „gerechten Krieg“ kann nun ganz und gar nicht als innertheologische Streitigkeit ausgegeben werden, nicht nur deshalb, weil Sie sich da von ihr nicht unterscheiden, sondern weil Sie ihn zum Mittel für den „mündigen und kritischen Staatsbürger“ verwandeln, als ob der eine andere Wahl hätte nun mit Schmidt/Genscher oder Genscher/Kohl oder Schmidt/Strauß oder mit allen zusammen in den Krieg ziehen dürfen zu müssen! Fällt Ihnen nicht wenigstens an dieser Polemik auf, die ich gegen Sie führe, daß das Praktische an der Theorie vom gerechten Krieg das ist, daß man nur die Subjekte Gott und Teufel mit den jeweils aktuellen Inhalten, Christen und Mohammedaner, Katholen - Protestanten, Deutschland - Frankreich, Deutschland gegen den Rest der Welt, oder heute Nato ge-

gen Warschauer Pakt, zu füllen braucht? Und da wollen Sie behaupten, diese Theorie sei bislang zu wenig zur Anwendung gekommen!

Nun zu den speziellen Forderungen Ihres „motu divinae pacis“:

5. Wenn schon der Grundsatz „si vis pacem, para bellum“ Ihrer Ansicht nach gehalten werden muß, so sollte doch das zwischenstaatliche Faustrecht aufgehoben werden, wozu zu sagen wäre, daß das einmal ein recht frommer Wunsch ist, der sich obendrein in der UNO auch schon manifestiert hat, ohne daß diese Institution auch nur einen einzigen Krieg aufhalten hätte können. Zum anderen sagt das überhaupt nichts über den Frieden, oder vielmehr doch, wenn der Friede dauernd aufgerüstet werden muß?

6. Wenn schon gerechter Krieg, meinen Sie, dann schon richtig, und zwar in den Entwicklungsländern, denn wenn sich die Neger schon die Köpfe einschlagen, dann wenigstens für die Gerechtigkeit. Meinen Sie nicht, Herr Gollwitzer, daß die da in der Dritten Welt ganz andere Sorgen haben, als sich um Ihr Ideal zu scheren?

7. Weiter fordern Sie, daß auf Breschnews Abrüstungsvorschlag eingegangen werden soll, und rufen auch noch den Kanzler in den Zeugenstand, als ob Schmidt sich nicht ständig zugute halten würde, die Nachrüstung einmal initiiert zu haben und dann auch noch gegen den wankelmütigen Carter durchgesetzt zu haben.

8. Zu guter Letzt kommt von Ihnen endlich ein Vorschlag, im Namen Christi doch die Atomwaffen abzuschaffen, aber wie! Sie meinen, wir sollen alle bei uns anfangen und die Atomwaffen, die sich in die Winkel und Falten unserer Herzen eingenistet hätten, daraus gefälligst entfernen! Wahrlich, wahrlich, Herr Gollwitzer, Sie werden nicht fertig werden, die Pershings, Cruise missiles und was sonst noch so rumsteht, in den Herzen von 3,5 Milliarden Menschen zu finden, ehe Ihnen die Dinger um die Ohren fliegen.

Glauben Sie nicht, Herr Gollwitzer, daß Sie mit solchen Albernheiten die besten Voraussetzungen schaffen, daß die Herren, die für den Krieg rüsten, ungestört weitermachen können, weil die Leute in Ihrem Auftrag alle anfangen, Nabelschau zu betreiben?

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 30-40

Autor: *Karl-Peter Markl*

Artikel

Karl-Peter Markl

**Spiel und Ernst
Kritische Erwägungen zur Entschei-
dungstheorie angesichts Overkills**

Helmut Kohl hat in der von Fernsehredakteur Appelt in Wien veranstalteten Fragerunde öffentlich erklärt, er habe nie alle Teilnehmer an der friedlichen Bonner Friedensdemonstration als Kollaborateure mit Verfassungsfeinden, als Kommunisten oder als naive, aber politisch gefährliche Volksfrontler bezeichnet. Kohl hat damit auch jenen wieder Mut gemacht, die furchtsam geneigt waren, mit ihrer Meinung zum Frieden hinter dem Berg zu halten, weil sie nicht das Risiko eingehen wollten, als Gegner der bestehenden Grundordnung in irgendeine berufs- und karriereschädigende Partei aufgenommen zu werden.

Immerhin hatten rund 300 000 friedfertige Repräsentanten der unterschiedlichsten Gruppierungen und Interessen, Einzelmenschen und Jungfamilien eindrucksvoll ihren gemeinsamen Friedenswunsch und ihre gemeinsame Angst vor immer weiter steigender Rüstung so zum Ausdruck gebracht, daß dies für unsere Republik und ihre Staatsorgane tragbar und selbst für den CDU-Chef unüberhörbar war. Auch das Echo, national und international, war durchweg positiv, vielleicht zu einem Teil auch deshalb, weil die Leute vor der Demonstration von verschiedenen Instanzen eingeschüchtert und sogar der redlichste Teilnehmer eigentlich von vornherein diffamiert werden sollte. Trotz dieser Versuche waren

dann eindeutig nicht nur Extremisten in Bonn zusammengekommen. In Wien, aus dem sicheren Abstand einiger Wochen, fand Kohl wohl, daß er es an demokratischem Fingerspitzengefühl hatte mangeln lassen, als er per Pauschalschelte jeden zum Volksfrontler erklärt hatte, der dieses außerparlamentarische, aber doch massenwirksame Mittel zur Äußerung seines Friedensbedürfnisses und zur Festschreibung dafür gewählt hatte, daß Frieden nicht nur ein Gut unter vielen, sondern wahrscheinlich der existentielle Grundwert unserer Zeit überhaupt sei, und daß zuviel Rüstung diesen Wert eher infrage stellt als festigt. Kurzumfragen haben übrigens ergeben, daß sogar unter den Altersschichten, die bei der Demonstration schlecht vertreten waren, ein sehr hoher Grad von Sympathie für die Sache bestand.)

Durchaus auf den Boden unseres Grundgesetzes gehört es, wenn wir uns über alle Arten der Verseuchung unseres geographischen und politischen Bodens Gedanken machen als Bürger bzw. Bewohner dieser Bundesrepublik. Nukleare Waffensysteme sind dabei mindestens so bedenklich wie Reaktoren oder überdimensionale Start- und Landebahnen für Großflugzeuge. (Zudem hat ja gerade die Einschüchterungskampagne vor der Bonner Demonstration auf einen weiteren Boden, den kommunikativen und kulturellen, aufmerksam werden lassen, auf dem etwas mehr Hygiene angebracht wäre. Die Gruppe der 40- bis 60jährigen war nicht umsonst ferngeblieben. Viele von ihnen hatten einfach Angst gehabt. Man hatte ihnen diese Angst gemacht. Auch das ist eine Verunreinigung.)

Als Philosophen dürfen und sollten wir die Denkungsart, die Kalküle und Denkansätze der Rüstungspolitik beiderseits unserer Grenze zur DDR offenlegen und hinterfragen. Es kann den empirischen Politikwissenschaftlern und Sozialforschern überlassen werden, welche Vorstellungen tatsächlich in der Bevölkerung kursieren. Uns soll hier im wesentlichen die Rationalität interessieren, die abstrakt als Legitimation für Rüstungshandlungen Geltung beansprucht. Das ist also nicht so sehr eine Frage der Psychologie der Rüstungsagenten und der betreffenden politischen Akteure. Es ist vielmehr die nahezu transzendente Struktur der Handlungslegitimation, die zu der materiell objektiven Situation unter Waffen (angeblich) führen muß. Die Reflexion hierüber muß kritisch ausfallen angesichts eines Doppel- oder Mehrfacharsenals von Tötungs- und Zerstörungsvorrichtungen, wie es noch nie zuvor bestand und wie es dem unvoreingenommenen, vielleicht auch naiven Betrachter nicht vernünftig vorkommen kann.

Die Politiktheoretiker unter uns sollten dabei auch erkennen, daß es sich nicht einfach darum handelt, daß die Technik und die Quantität der Waffen verbessert und vergrößert worden ist. Vielmehr liegt ein qualitativer Bruch vor; d.h. der Begriff „Waffe“ gewinnt eine neue Bedeutung mit dem Zeitpunkt, zu dem ihr „Einsatz“ die vollkommene Vernichtung unserer Zivilisation und vielleicht auch der menschlichen Rasse insgesamt bedeuten würde. Es ist also sinnlos, diesen „Einsatz“ so hinzustellen oder auch theoretisch so in ein Wertungsschema einzubauen, als könne er noch als Fortsetzung der Politik mit anderen als den diplomatischen Mitteln sein. Er wäre *nicht die Fortsetzung*, sondern die *totale Beendigung* aller bekannten politischen Vorgehensweisen.

So können unsere politiktheoretischen, philosophischen und strategischen Überlegungen und Rechtfertigungen nicht mehr in Anlehnung an die dazumal recht gescheiterten Erkenntnisse des Carl von Clausewitz angestellt werden. Der Nicht-Einsatz der modernen Waffen ist eine *Grundbedingung für alle Politik* zwischen Großmächten, wie er eine *Grundbedingung für den Fortbestand* dieser Mächte und ihrer Bevölkerungen ist.

Bertrand Russell hatte diese Problematik früh erkannt. Gerade die zu seinen Lebzeiten ständig ansteigende Möglichkeit der Menschheitsauslöschung machte die ursprünglich nur metaphorisch gemeinte Warnung ganz realistisch: Das Destruktivpotential befreit den Menschen von der Unabänderlichkeit des Fortbestandes der Rasse. Das ist genau der Punkt, an dem eine Anzahl politischer und kategorischer Imperative aufhört, rein spekulativ, idealistisch, transzendental oder theoretisch universell zu wirken. Der große Imperativ der Vermeidung des nächsten Weltkrieges ist ebenso konkret und kategorisch wie die Vermeidung der Auslöschung alles Menschlichen.

Was vom technisch möglichen Großkrieg in die kategorial ganz anders gelagerten Kalküle der Politik noch eingehen kann, ist die Drohung. Der menscheitsvernichtende Krieg betrifft zwar alle, könnte jedoch von verschiedenen politisch-militärischen Instanzen an verschiedenen Orten und aus unterschiedlichen Gründen ausgelöst werden. Solche Instanzen können diese Auslösung zum Gegenstand von Drohungen machen. Das ist ein Niveau, auf dem heutzutage quasi-philosophische, politiktheoretische Modelle ausschlaggebend sind.

Natürlich gibt es eine Klasse von durchführbaren und überlebenden kriegerischen Auseinandersetzungen, aber diese bzw. die Drohungen mit ihnen will ich hier nicht erörtern. Im Verhältnis zum Großkrieg wirken sie im Prinzip nicht anders als ein Ritterturnier. Gerade weil die große

Drohung nun so viel zerstörerischer, ernster und absoluter wirkt, wird die Drohung mit dem lokalisierbaren Konflikt bzw. dieser Konflikt selbst von vornherein eine Funktion seiner Eingrenzung.

Es kommt dabei immer und einzig darauf an, wo eine der Seiten nicht zu weiterer Waffensteigerung bereit ist. Ökonomisch und verhandlungstechnisch ließe sich nachweisen, daß diese Art der „Kriegsführung“ heute deutlicher denn je überflüssig wird, und zwar insofern, als man jedes Ergebnis, zu dem sie führen können, durch Verhandlungen leichter erreichen könnte. Wir lassen diese Pseudo-Kriege, wie gesagt, aus unseren Erwägungen heraus.

So bleibt für die Politik auf der Ebene ernsthafter Auseinandersetzungen zwischen nuklear halbwegs emanzipierten Mächten 1) die kategorische und konkrete *Bedingung* für alle Zukunft, nämlich der *Nicht-Krieg*, verstanden als Nicht-Anwendung des bereits vorhandenen und ständig zusätzlich produzierten Zerstörungspotentials; 2) gibt es als mögliches *Mittel* für die Politik die *Drohung* mit dem Krieg.

Ähnlich denken die Strategen in Ost und West. Dabei werden spiel- bzw. entscheidungstheoretische Modelle aus dem ökonomischen Bereich entliehen. Ich will hier versuchen, in gebotener Kürze einige Merkmale dieses Denkens herauszuarbeiten. Anschließend soll die Frage thematisiert werden, ob diese Rationalitätsmuster wirklich philosophisch kategorisch und quasi a-priori gelten oder ob ihr Gebrauch durch die offiziellen „think tanks“ und somit ihre Geltungsansprüche auch auf der weniger zwingenden Ebene des Psychologischen oder Institutionellen auch zu erklären sind.

Verbunden mit diesem Punkt sollte die Frage gestellt werden, ob in die Axiomatisierung, die den Spielmodellen vorausgeht, oder in die unausgesprochenen Grundannahmen kontingente Elemente eingebaut sind. Wenn dem so wäre, ergäbe sich höchstwahrscheinlich, daß auch alternative Modelle für jenes politische Hin und Her herangezogen werden könnten, welches heute durch die spieltheoretisch geschulten Strategen und deren Kategoriensetzungen und -auslassungen geprägt wird. Ich werde abschließend der Frage nachgehen, ob die Spieltheorie überhaupt adäquat sein kann, wenn sie inhaltlich das totale Nicht-Mehr-Spiel berührt wenn auch „nur“ als Drohung, oder ob daraus logisch nicht zumindest einige Paradoxa oder Widersprüchlichkeiten folgen.

Rüstungswettkampf

Markl

Das bekannteste Spielmodell ist das des Gefangenendilemmas. Dieses Modell, so möchte ich hier argumentieren, spiegelt einige Aspekte des Rüstungsphänomens wider. Das Standardbeispiel handelt von zwei Gefangenen in Einzelzellen, die ein Sheriff dazu bringen will, gegeneinander auszusagen. In diesem Spieltyp folgen zwei Spieler den Rationalitätsregeln individuellen Vorteils. Jeder wählt in Isolation vom anderen, also ohne vorherige Absprache, was er für die sicherste Strategie hält, und gelangt dadurch unausweichlich zu einer sozialen Situation, in der beide schlechter gestellt sind, als sie es gewesen wären, wenn sie jeweils die alternative Strategie gewählt hätten. Die Auszahlungsmatrix dieses nicht-kooperativen Zweipersonenspiels sieht aus, wie folgt, wobei die Zahlen für die Strafen in Jahren stehen, die den „Gefangenen“ vom Sheriff in Aussicht gestellt werden:

		2. Spieler	
		1. Strategie	2. Strategie
1. Spieler	1. Strategie	4	1
	2. Strategie	10	8
		4	8

Die zweite Strategie, also die, dergemäß der Betroffene den anderen belastet, ist hier „strikt dominant“, da jeder durch sie besser abschneidet, d.h. weniger Jahre bekommt, egal welche Strategie der andere wählt. Wenn der andere die erste Strategie wählt, ist die Auszahlung ein Jahr statt 4 Jahre; wenn er die zweite Strategie wählt, ist sie 8 statt 10 Jahre.

Garrett Hardin hat in diesem Zusammenhang von der „Tragödie der Allmende“ gesprochen. Individuelle Viehhalter schaffen sich immer mehr Tiere an, um sie auf der gemeinsamen Koppel weiden zu lassen. Jeder will maximal von der Gemeinschaftseinrichtung profitieren. Das führt dazu, daß die Weidefläche zerstört wird und somit das Vieh nicht mehr genug zu fressen hat.

In der weltpolitischen Praxis findet man ein ähnliches Muster bei der Bevölkerungsexplosion. Aber vielleicht kann es auch auf die immer se-

chenähnlicherere Ausbreitung der Rüstung über bestimmte Länder bezogen werden. Nach dieser Metapher und Ihrer Logik wäre der nuklear unemanzipierte Teil Europas die „Rüstungsallmende der Supermächte“. Aber die wirkliche soziale Konsequenz, der wahre logische Schluß und Lernerfolg aus diesem Ansatz ist, wie der führende Spezialist Amartya Sen richtig betont hat, die Notwendigkeit von Verhandlung als Mittel für die Konfliktlösung. Die Spieler, In unserem Fall wohl die Supermächte, sind offensichtlich nur scheinbar rational, wenn sie, jeder für sich, individualistisch an die Strategienfestlegung herangehen. Kritischer formuliert: Die Individualrationalität führt nicht nur in ihren Ergebnissen zu kollektiv erschreckenden Engpässen, sie setzt auch Bedingungen voraus, die angesichts Ihrer eigenen Logik als unrealistisch bezeichnet werden müßten. Denn sie fordert ein Spielfeld, eine Allmende, oder was immer es sein mag, das irgendwie existentiell das Austoben der Spieler gestattet, und so doch wohl nur transindividualistisch zu denken sein dürfte. Diese Spannung findet man in der herkömmlichen Ökonomie: Sie ist eine Globalwirtschaft, und doch handeln in ihr zahlreiche Akteure mit beschränktem Eigennutzen.

Klares Fazit des Gefangenendilemmas bezogen auf Rüstung muß also sein: Verhandeln vor unilateralem Weiterrüsten!

Verhandeln aber muß man immer auch miteinander, d.h. nicht nur gegeneinander. Der rein individualistische Ansatz wird also durchbrochen. Daraus folgt aller Wahrscheinlichkeit und Voraussicht nach, daß Verhandlungen um die Rüstungsgeschwindigkeit zwischen den Supermächten immer auch gemeinsame Machtdefinitionen eben dieser Mächte gegenüber allen anderen sein müssen.

Das Thema ist bekannt, ebenso wie das Bemühen einiger mittlerer Mächte, in den Eliteverein von Genf aufgenommen zu werden. Und all dies ergibt sich logisch aus dem spieltheoretischen Ansatz.

Nukleare Drohung

Was nun die Drohung mit der Anwendung von nuklearen Zerstörungspotentialen angeht, so scheint mir ein anderes Modell dem besser gerecht zu werden. Das ist das „Chicken-Modell“. Es gab einen Film mit James Dean und eine verbreitete Freizeitbeschäftigung in den späten 50er Jahren in den Vereinigten Staaten, die darin bestand, mit einem Auto oder mit Motorrädern auf einen Abgrund zuzurasen. Wer als letzter stoppte oder heraussprang, hatte gewonnen. Bei diesem Spiel lag jeweils vor und hinter dem Sieg ein Verlust. Vor ihm, also bei zu frühem Aussteigen, lag

Markl

der *Verlust im Spiel*. Hinter ihm, also dort, wo einer in den Abgrund stürzte, lag der *Verlust des Lebens*. Dabei bleibt die Frage akademisch, ob die Toten im Sinne des Spiels gegenüber den Überlebenden als Gewinner zu verstehen gewesen wären.

Da das gesamte „Spiel“ mit Drohungen nur Sinn hat, wenn nicht von Anfang an jede Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit aus dem Weg geräumt ist, daß eine solche Drohung irgendwann einmal verwirklicht wird, spielt der „Abgrund“ hier ständig mit hinein. Und der Abgrund für e i n e n bedeutet im Falle des Nuklearkriegs auch gleich den Abgrund für a l l e.

Die minimale Destruktionskapazität („assured destruction capability“) wurde schon vom ehemaligen Verteidigungsminister der USA, Robert McNamara, klar umrissen und gilt immer noch: The cornerstone of our strategic policy continues to be to deter deliberate nuclear attack upon the United States, or its allies, by maintaining a highly reliable ability to inflict an unacceptable degree of damage upon any single aggressor, or combination of aggressors, at any time during the course of a strategic nuclear exchange – even after absorbing a surprise first strike.

Im Gegensatz zur Rüstungsproblematik führt die Drohungsproblematik an den Rand aller Spielmöglichkeit im strikten ebenso wie im metaphorischen Sinn. Die von Walton und McKersie 1965 eingeführte Spielmatrix für das „Chicken“- oder „Feigling“-Modell hat die folgende Auszahlungsmatrix:

1. Spieler

	weich	hart
weich	6	2
hart	6	10

2. Spieler		
	2	-6
hart	10	-6

Die harte Strategie heißt, der Spieler bleibt bei seiner eigenen Zielvorstellung, verfolgt also seinen optimalen Erfolg weiter. Die weiche bedeutet, er akzeptiert die Präferenz des Gegenspielers. So wie sich das Ende einer Verhandlung oder eines „Spiels“ mit Drohungen nähert, so kann es passieren, daß die harte Strategie die einzige offene bleibt. Ergebnis: man empfindet sich jenseits dieses Endes, worin dies auch immer konkret bestehen mag. Jedenfalls ist das Spiel vorbei.

Da dieses Modell für fast alle Fälle des Umgangs mit Nukleardrohungen verallgemeinert werden kann, gibt es nur einen Schluß, nämlich, daß diese Art der Drohung noch nicht einmal in die schon von Clausewitz verworfene reine „Algebra des Handelns“ Eingang finden könnte. Aber auch zu den wahren politischen Instrumenten, zur „Fortsetzung des politischen Verkehrs“, zum „Durchführen desselben mit anderen Mitteln“ kann es nicht zählen. Anders als beim Fußballspiel oder beim Schachspiel, in denen natürlich auch Grenzen erreicht und gelegentlich sogar übertreten werden, ist das Erreichen der Grenze im „Chicken“-Modell nicht nur gleichbedeutend mit dem Ende des Spiels, sondern es ist auch während des Spielablaufs die allgegenwärtige, die bestimmende Bedingung. Es spielt also in das Spiel hinein.

Und anders herum betrachtet, ist es der Fall, daß jedes Spiel, in dem das Ende eine Rolle spielt, nach dem „Chicken“-Modell analysiert werden kann. Spieltheoretiker wie Harsanyi oder Nash sind in ähnlichen Fällen zu dem Schluß gelangt, daß die Rationalität hier verbiete, über beiderseitig harte Strategien den größtmöglichen Nachteil für alle im Spiel zu riskieren. Pas Problem bei der Anwendung auf Nukleardrohungen ist dabei noch viel schärfer. Denn hier geht es ja nicht nur um eine schlechte Auszahlung im Sinne der Spielmatrix, sondern um die Menschheitszerstörung schlechthin. Die Matrix wäre also nach unten hin offen: allgemeine Vernichtung.

Dieser Faktor kann, so muß geschlossen werden, rein existentiell nicht gegen irgendeinen anderen aufgewogen werden. Er kann in keiner Verhandlung ernsthaft als weniger wichtig oder auch nur kategorisch vergleichbar mit irgendeinem anderen Wert auftauchen, da jeder Wert und jede politische Vorstellung leer bliebe, wenn es zum Abgleiten in diesen Abgrund käme.

Bezogen auf Individuen oder kleine Kollektive mag der Spruch vom „Lieber tot als rot“ oder allgemeiner „Lieber tot als X“ trotz seines selbstmörderischen Beigeschmacks noch sinnvoll sein. Aber bezogen auf die gesamte menschliche Zivilisation läßt sich das nicht aufrechterhalten. Grundvoraussetzung zum „Nicht-X-Sein“ ist nun einmal, daß überhaupt jemand überlebt.

Die einzige politische Konsequenz scheint mir die Koexistenz zu sein. Dies hatten Kennedy und Chruschtschow erkannt.

Risiko-Spekulationen

Spieltheoretiker geben gewöhnlich vor, ihre Modelle und Theorien seien logisch abgesichert und somit kategorisch gültig, wenn man nur bereit sei, die ihren Definitionen vorausgehenden Einschränkungen des Bezugsbereichs im Sinn zu behalten. Sie produzieren Richtlinien dafür, was rational ist. Sie erstellen nicht psychologische Studien darüber, wie der Menschen, de facto, an Konflikte und deren Lösungen herangehen. Und doch spielen psychologische Faktoren im größten Teil ihrer Theorien eine Rolle. für uns dürfte das Thema des Risikos das wichtigste sein. Denn selbst nach dem logisch zwingenden Nachweis, daß Drohungen mit Nuklearkrieg irrational sind, gibt es noch Menschen und auch repräsentative Politiker, die sich danach nicht richten oder nicht zu richten scheinen.

Für normale Spiele, also besonders im wohlvorbereiteten Raum des Ökonomischen, gibt es Kalküle für die Risikobereitschaft verschiedener Subjekte. Bei ihrer Festlegung gehen auch die sonst rein theoretisch ausgerichteten Spieltheoretiker von empirischen Anschauungen aus.

So ist es unter Spieltheoretikern schon fast zu einer Art Gesellschaftsspiel geworden, Leute zu fragen, ob sie zwei oder nur eine Tasse nehmen

würden, wenn folgende Bedingungen gegeben wären. In einer Tasse sind 100.- DM sichtbar, die andere ist zugedeckt; bisher ist in einer sehr großen Anzahl von Fällen immer vorhergesagt worden, wie die jeweils Betroffenen wählen würden und was sie dann erhalten. Dabei war es immer so, daß die, die die zugedeckte Tasse und nur diese an sich nahmen, darin 10.000.- DM vorfanden. Die, die beide Tassen aufnahmen, fanden in der zugedeckten nichts. All dies ist bekannt, und auf Grundlage dieser Kenntnis ist die Frage zu beantworten: was würdest du wählen?

Je nach dem, ob jemand nur die zugedeckte Tasse oder aber beide Tassen nimmt, gilt er dann als risikofreudig bzw. risikoscheu. Die ganze Angelegenheit wird somit scheinbar zu einer psychologischen. Die Spieler sind also gehalten, sich der psychologischen Ausrichtung ihrer Gegenüber und ihrer selbst zu vergewissern.

Ich habe nun mit Hilfe einiger Bekannter versucht, das Testspiel halbwegs systematisch und mit möglichst vielen Leuten durchzuspielen und dabei Variationen in den zu erwartenden Auszahlungen bzw. Strafen einzuführen. Empirisch und auch durch direkte Fragen zu dieser Problematik wurde bestätigt, was eigentlich ziemlich klar war; wenn 1.- DM sichtbar 1 000 000.- DM als möglichem Gewinn gegenüber stand, waren alle „risikofreudig“. Ebenso wählten immer weniger Leute die verdeckte Tasse, je näher sich die beiden fraglichen Beträge, der sichtbare und der verdeckte, kamen.

Die Besitzer nuklearkriegssicherer Bunker, die gleichzeitig bereit wären, ohne den überwiegenden Teil ihrer zivilisatorischen Umwelt und ihrer Mitmenschen auszukommen, können bisher zahlenmäßig vernachlässigt werden. Der normale Mensch wird gegenüber der Vorstellung von den Auswirkungen eines Nuklearkrieges wie ein Spieler ohne jegliche Risikobereitschaft dastehen.

Wenn Politiker, wie z.B. F.-J. Strauß, in ihren öffentlichen Verlautbarungen von dieser Normalhaltung abgehen, dann müßte dies zunächst genauer untersucht werden; so muß das nicht unbedingt pathologisch sein. Es könnte z.B. eine pseudo-rationale Antwort darstellen auf die Frage, wie heutzutage mit Waffeneinsatz zwischen großen Mächten überhaupt noch gedroht und politisch taktiert werden kann.

Da der Einsatz des Zerstörungspotentials eindeutig irrational wäre, würde in einer Verhandlungsposition kein rationaler Akteur von einem rationalen Gegenüber annehmen oder befürchten, daß dieser je ernsthaft drohen bzw. je mit einer solchen Drohung ernst machen würde. So ge-

Markl

sehen, wäre zwar das Risiko noch nicht objektiv auf 0 reduziert, aber die Risikofrage wäre vom Tisch.

Strategen wie F.-J. Strauß bringen die Frage wieder auf den "Tisch. Um sie wieder relevant zu machen, könnte so einer meinen, er müsse sich wenigstens den Anschein eines potentiell zu irrationalen Schritten bereiten Akteurs verschaffen. Das mag kurzsichtig sein, aber es fällt nicht vollkommen aus dem Rahmen der hier besprochenen „Rationalität“ und der Spiellogik vom Verhandeln unter Risiko über Nukleardrohungen. Leider erhöhen solche Risikohaltungen eben auch objektiv die Möglichkeit, im rechten unteren Feld des „Chicken“-Modells zu landen. Und das ist, wie wir gesehen haben, jenseits aller Spiele und jenseits von Frieden und Krieg.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 41-48

Autor: *Elmar Treptow*

Artikel

Elmar Treptow

Widerspruch und Versöhnung Überlegungen zu Krieg und Frieden

„Von allen Dogmen der bigotten Politik
unserer Tage hat keine mehr Unheil ange-
richtet als die, daß ,um Frieden zu haben,
man zum Kriege rüsten muß“.

Marx, Invasion! MEW 13, 444.

„Frieden“, „Befriedigung“ und „Zufriedenheit“ bedeuten im alltäglichen Sprachgebrauch eine bestimmte Übereinstimmung oder Harmonie des Menschen mit der Umwelt. D.h. wir drücken mit diesen Begriffen aus, daß die menschlichen Bedürfnisse und Interessen in der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt eine Entsprechung und Erfüllung finden. Unfrieden, Nichtbefriedigtsein und Unzufriedenheit bestehen dementsprechend in einer Spannung und Diskrepanz zur natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt. Die Bedürfnisse und Interessen, die befriedigt oder nicht befriedigt werden, sind physische, sozial-ökonomische und ideelle (wie Ernährung, Sexualität, Wohnung, Bildung, u.a.). Sie sind Bedürfnisse und Interessen sowohl des Individuums wie der Familie, der Klasse, der Nation und der Menschheit. In dieser Weise sind Frieden, Befriedigung und Zufriedenheit immer bestimmte Subjekt-Objekt-Relationen. Die Subjekt-Objekt-Relationen zum Ausgangspunkt genommen und in den verschiedenen Formen und Stufen untersucht zu haben, ist die unumgängliche Stärke der Philosophie Hegels. Die Formen der Einheit

bzw. der Versöhnung und des Widerspruchs von Subjekt und Objekt auf der Stufe des subjektiven, des objektiven und des absoluten Geistes sind geradezu der Gegenstand der Hegelschen Philosophie. Daß die Philosophie ihre Zeit auf den Begriff zu bringen hat, heißt: ihr Gegenstand sind unmittelbar die epochalen Formen von Versöhnung und Widerspruch. Versöhnung und Widerspruch sind nicht erst dort Hegels Thema, wo er auf der Stufe des objektiven Geistes in der „Rechtsphilosophie“ explizit vom Frieden und Krieg spricht, und seine Äußerungen hier sind im Gesamtzusammenhang seines Systems zu begreifen.

Insofern es sich für Hegel bei der Versöhnung und dem Widerspruch um praktisch-physische, praktisch-soziale und theoretisch-ideelle Relationen von Subjekt und Objekt handelt, haben für ihn die Versöhnung bzw. der Frieden und der Widerspruch bzw. der Krieg auf jeder Stufe einen bestimmten Inhalt. Deshalb läßt sich nicht zustimmen, wenn H.-J. Sandkühler in einem sonst erhellenden jungst erschienenen Artikel sagt: „Der Beitrag der klassischen bürgerlichen Philosophie von Kant bis zu Hegel und zu Clausewitz' 'Revolution in dieser Wissenschaft', der Militärwissenschaft, besteht nicht in den *Inhalten* ihrer Theorien über Krieg und Frieden, sondern in ihren Methoden, das Problem zu stellen. Bezogen auf Kant, Hegel und Clausewitz interessiert nicht das *Was*, sondern das *Wie*.“¹

Die Formen der Einheit bzw. Versöhnung und des Widerspruchs von Subjekt und Objekt sind für Hegel wesentlich Formen des „Beisichseins im anderen seiner selbst“, d.h. Formen des Prozesses der Selbstbestimmung, der Freiheit. Die Stufen des Selbstbestimmungsprozesses haben bestimmte Stufen der Versöhnung bzw. des Friedens zur Voraussetzung und zum Resultat. Letztlich aber ist der Frieden innerhalb des Selbstbestimmungsprozesses das zu erringende Resultat der Selbstbestimmung, die Frucht der Freiheit. Solange es Unterdrückung gibt, gibt es keinen Frieden.

Die drei Seiten der praktischen und theoretischen Freiheit (die in der vorangegangenen Nummer dieser Zeitschrift differenziert wurden) ziehen dementsprechend drei Seiten des Friedens nach sich: die bornierte Freiheit der subjektiven Wahl unmittelbar gegebener Objekte, Inhalte oder Zwecke bzw. die Affirmation und Position besonderer Voraussetzungen und Interessen zieht den bornierten Frieden der Resignation und

¹ H.-J. Sandkühler, Vor der Aufgabe des Friedens die Philosophie. Von Kant zum Marxismus-Leninismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 9/1981, 1019.

Kapitulation nach sich, der „zum Lächeln des Selbstgenügens und gemüthlichen Behagens“ heruntergekommen ist und „auf die Länge ein Versumpfen der Menschen“ ist.² Auf der anderen Seite folgt der abstrakten Freiheit der formalen Unabhängigkeit, d.h. der unmittelbaren Negation aller bestimmten, besonderen Voraussetzungen, der abstrakte Frieden der Interesselosigkeit und des Seichheraushaltens (etwa als skeptizistische Erhebung über alle Verwirrung und alle Zufälligkeit des Daseins“ oder als utopistische Beruhigung mit dem „ganz anderen“). Gegenüber diesen beiden - ineinanderumschlagenden - defizienten Modi der Freiheit bringt für Hegel erst die konkrete Freiheit als dialektische, positiv-negative Subjekt-Objekt-Übereinstimmung den wahren Frieden, und zwar theoretisch als „absolutes Wissen“ und praktisch als „konkrete Sittlichkeit“ (in Familie, bürgerliche Gesellschaft und Staat).

Indem Hegel Krieg und Frieden konkret und historisch im Zusammenhang mit der gesamten menschlichen Entwicklung der Selbstbestimmung begreift, wird von ihm jede kriegerische Gewalt weder schlechthin verurteilt noch gerechtfertigt. Gegenüber dem abstrakten Pazifismus anerkennt er die „universalhistorische Bedeutung“ des Krieges, den er „nicht als absolutes Übel“ ansieht.³ Auf der anderen Seite negiert er die abstrakte Militanz des als natürlich aufgefaßten „bellum omnium contra omnes“, wonach „die Herrschaft des Mächtigeren ewige Ordnung Gottes sei, die Ordnung, nach welcher der Geier das unschuldige Lamm zerfleischt“.⁴ (Hiermit werden indirekt auch der biologistische Sozialdarwinismus der Auslese durch „struggle for life“ und andere Mythen der Gewalt und des aggressiven Aktivismus oder Terrorismus zurückgewiesen).

Insbesondere in der Herr-Knecht-Analyse wird deutlich, daß Hegel weit davon entfernt ist, aus dem Kampf, der gewaltsamen Repression und der autoritären Herrschaft die „Natur“ des Menschen im Sinne eines Biologismus zu machen oder die in Herrschaft und Unterwerfung polarisierte unversöhnte Zwangsordnung etwa wegen ihrer äußeren Stabilität und Konsistenz zu sanktionieren, Hegel sieht ausdrücklich Kampf und Gewalt nur als untergeordnetes Moment der Entwicklung zu vernünftigen

² Hegel, Vorlesungen über die Ästhetik. In: Hegels Werke in 20 Bänden, Frankfurt/Main 1971 ff., Bd. 14, 85, Bd. 7, 493 (Rechtsphilosophie, § 32, Zusatz)

³ Hegel, Vorlesungen über die Ästhetik, Werke, Bd. 15, 352; Rechtsphilosophie, § 324.

⁴ Hegel, Rechtsphilosophie, § 258, Anmerkung.

Verhältnissen der Ökonomie und des staatlichen Rechts an. „Der Kampf des Anerkennens und die Unterwerfung unter einen Herrn ist die *Erscheinung*, in welcher das Zusammenleben der Menschen, als ein Beginnen der *Staaten*, hervorgegangen ist. Die *Gewalt*, welche in dieser Erscheinung Grund ist, ist darum nicht Grund des *Rechts*, obgleich das *notwendige* und *berechtigte* Moment im Übergange des *Zustandes* des in die Begierde und Einzelheit versenkten Selbstbewußtseins. Es ist der äußerliche oder *erscheinende Anfang* der Staaten, nicht ihr substantielles *Prinzip*“⁵ (Innerhalb der Staaten behält der Krieg für Hegel allerdings die integrierende Funktion, „innere Unruhen“ zu verhindern).⁶

Indem Hegel aber schließlich Praxis und Theorie idealistisch so ins Verhältnis setzt, daß die Praxis die entäußerte und theoretisch aufhebbare Vorstufe der im absoluten Wissen erreichbaren absoluten Subjekt-Objekt-Einheit ist, *muß* er annehmen, daß die Praxis im Staatsleben seiner Gegenwart qualitativ-epochal zum Abschluß gekommen ist. Die Vollendung im Wissen des absoluten Geistes setzt die Vollendung der geschichtlichen Praxis des objektiven Geistes voraus. Die Annahme der absoluten Einheit von Subjekt und Objekt bzw. von Vernunft und Wirklichkeit basiert notwendigerweise (nicht opportunistischerweise) auf der Annahme der Verwirklichung der Vernunft - der Versöhnung von Vernunft und Wirklichkeit - in der politisch-gesellschaftlichen Praxis. Und die Annahme der Vollendung der politisch-gesellschaftlichen Praxis impliziert die Anerkennung der herrschenden Praxis von Krieg und Frieden. Aufgrund ihres Idealismus kann und muß die Hegelsche Philosophie ihren Frieden mit der Welt machen, so wie sie praktisch besteht.

Folgerichtig muß Hegel Kants Entwurf eines „ewigen Friedens“ durch einen Staatenbund negieren und einen „Naturzustand“ zwischen den Staaten annehmen, die als einheitliche selbständige Individualitäten mit voller äußerer Souveränität gegeneinander gefaßt werden, wobei ein Völkerrecht abgelehnt wird (das damals in der Tat utopisch, weil praktisch nicht durchsetzbar gewesen ist), die Staaten allerdings der „Weltgeschichte als Weltgericht“ untergeordnet werden.⁷

Für Hegel gibt es also jenseits der seinerzeit herrschenden Praxis von Krieg und Frieden keine reale Perspektive mehr. Die organisierte Gewalt des Krieges hat für ihn keine vernünftig-gesetzmäßige Funktion mehr in

⁵ Hegel, Enzyklopädie, § 433.

⁶ Hegel, Rechtsphilosophie, § 324.

⁷ ebd., Zusatz; § 333, § 338; § 339; § 340. Philosophische Propädeutik I, § 31.

der geschichtlich-gesellschaftlichen Praxis der menschlichen Selbstbestimmung. Aber: gerade das Auftreten praktisch unversöhnter qualitativ neuer, im System nicht integrierter Widersprüche zwischen den Staaten - als Ausdruck von Widersprüchen innerhalb der Staaten - ist ein systematisches Argument gegen Hegels idealistische Versöhnung von Vernunft und Wirklichkeit. Weil Hegel Theorie und Praxis, Logik und Geschichte aufeinander bezieht, kann die Geschichte zum Kriterium für sein System werden, für die ideelle Versöhnung von Theorie und Praxis. Das System hat sich für Hegel selbst an der Geschichte zu bewähren, die grundsätzlich die Position einer systemimmanenten Kritik erhält.

In der also materialistisch aufzuhebenden Hegelschen Konzeption von Krieg und Frieden bleiben ihre Stärken erhalten: erstens die konkrete gesellschaftlich-historische Beurteilung von Krieg und Frieden; zweitens ihre Beurteilung im Zusammenhang mit dem Prozeß der menschlichen Selbstbestimmung; drittens (nach Rücknahme des absoluten Subjekts auf das menschliche Subjekt) ihre Beurteilung als Voraussetzung und Resultat von Subjekt-Objekt-Synthesen, nämlich der Produktivkraftentwicklung der gesellschaftlichen Individuen und ihrer freien befriedigenden Entwicklung oder gewaltsamen Hemmung. Die Beseitigung der Fesselung der Produktivkraftentwicklung der gesellschaftlichen Individuen durch die Klassengegensätze ist somit die entscheidende Voraussetzung für den nationalen und internationalen Frieden.

Marx und Engels haben dementsprechend folgende Stellung zu Krieg und Frieden: mit dem Verschwinden der Klassengegensätze im Inneren der Nationen fällt ihre feindselige Stellung gegeneinander.⁸ Kriegerische Gewalt und Eroberungen haben ökonomische Voraussetzungen und hängen in ihrer Art und Weise letztlich von der Produktionsweise ab („Um aber rauben zu können, muß etwas zu rauben da sein, also Produktion. Und die Art des Raubs ist selbst wieder durch die Art der Produktion bestimmt. Eine stockjobbing nation z.B. kann nicht beraubt werden wie eine Nation von Kuhhirten“).⁹ Der Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker ist der einzig rechtmäßige Krieg in der Geschichte.¹⁰ Die Allianz aller Länder wird den Krieg ausrotten, und das

⁸ MEW 4, 479.

⁹ MEW 13, 629 (= Grundrisse 18 f.); MEW 20, 150 f., MEW 3, 23 f., Grundrisse, 378 f., 391.

¹⁰ MEW 17, 358.

internationale Prinzip der neuen Gesellschaft wird der Frieden sein, gegründet auf dem Prinzip der Arbeit.¹¹

Die Arbeiterklasse ist imstande, den Frieden zu gebieten.¹² Dem sozialen Krieg ist der soziale Frieden entgegengesetzt, der aus der Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik innerhalb des Staates und mit der Verhinderung des Angriffskrieges entsteht.¹³ „Wer es ablehne, mitzuwirken an einer Veränderung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital, lasse die wirklichen Voraussetzungen für einen allgemeinen Frieden außer acht.“¹⁴

Noch eine andere Aussage macht Engels (im Jahre 1887) : ein Weltkrieg werde resultieren im Zusammenbruch der alten Staaten und der Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.¹⁵ Seitdem haben Sozialisten wiederholt die Erfahrung gemacht, daß ein Krieg - gegen den sie kämpften - die Bedingungen für die Revolution und den Sozialismus verbesserte (wie schon der Deutsch-französische Krieg mit dem Resultat der Pariser Kommune). Diese Erfahrung zusammen mit Engels' theoretischer Aussage, der sich Lenin anschließt, hat möglicherweise Sozialisten die Umorientierung darauf erschwert, daß in der qualitativ neuen Lage angesichts des menscheitsbedrohenden nuklearen Krieges der globale Frieden zwischen den antagonistischen Mächten nicht erst das Resultat, sondern die unbedingte Voraussetzung weiterer Selbstbestimmung ist und daß die These von der Unvermeidbarkeit des Weltkrieges durch die praktische Entwicklung historisch überholt ist, die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz also unabwendbar ist.

Zur diesbezüglichen Debatte zwischen China und der Sowjetunion bemerkt Lukács (im Jahre 1963): „Lenin hatte zur Zeit der Ersten Weltkrieges den unlösbaren Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg um die Neuaufeilung der Welt richtig festgestellt. Chruschtschows Rede im Jahre 1956 bricht mit der von der Geschichte nunmehr überholten Leninschen These, daß Weltkriege unvermeidlich sind, ebenso schroff, wie Lenin seinerzeit mit der These von Marx gebrochen hat, daß die proletarischen Revolutionen nur in den entwickelsten Ländern beginnen und nur international erfolgreich sein können. Lenin vollzog den

¹¹ MEW 17, 7.

¹² MEW 16, 356 f. (vgl. 382).

¹³ MEW 2, 541-543.

¹⁴ MEW 16, 530 (Aus dem Protokoll)

¹⁵ MEW 21, 350 f.

Bruch mit der Marxschen These ebenso auf Grundlage der Marxschen Methode, wie ein halbes Jahrhundert Chruschtschow die These Lenins auf Grundlage der Leninschen Methode aufgehoben hat. Beidemale handelt es sich um die Anerkennung der historischen Entwicklung, die, was einst richtig war, in ein Falsches, was einst fortschrittlich war, in eine hemmende Kraft für die veränderte Gegenwart verwandelt hat.¹⁶

Historisch unüberholt ist die expansive Tendenz des Kapitalismus, nämlich den immanenten gesetzmäßigen Verwertungs- bzw. Wachstumsschwierigkeiten, die in den Krisen ausbrechen, durch Verfügung über die Rohstoffquellen, besonders die Energiequellen; und die Absatzmärkte in den unterentwickelten Ländern entgegenzuwirken. Diese Tendenz gerät gegenwärtig in zunehmenden Widerspruch zu den Selbstbestrebungen und nationalen Befreiungsbewegungen dieser Länder, die den Manövrierspielraum des Kapitals einengen. An der gegensätzlichen Stellung zu den Befreiungsbewegungen spitzt sich der globale Antagonismus mit der Gefahr eines atomaren Weltkriegs zu.

Die amerikanische Administration spricht in dieser Situation offen aus, worauf es ihr ankommt: daß die Unterstützung der Befreiungsbewegungen von seiten der Sowjetunion „künftig Risiken enthalten wird, die die vitalen Interessen der Sowjetunion erschweren und beeinträchtigen.“¹⁷

Erst wenn die komplexen Zusammenhänge zwischen Ökonomie, Politik und Militärstrategie berücksichtigt werden, kann die philosophische Theorie zur Praxis werden und zur Praxis der bestehenden Friedensbewegung einen Beitrag leisten, wie andererseits erst dann die Friedensbewegung mit ihren drei Gruppierungen der politischen Linken, der Christen und der Ökologen reale Aussicht hat, einen gemeinsamen Nenner zu finden und sich - über den unmittelbaren Kampf gegen die sog. Nachrüstung hinaus - wirksam zusammenzuschließen (ohne wie die Bewegung gegen die Atombewaffnung zu scheitern).

Ein Kriterium, ein Schibboleth, dafür, wie weit in dieser Richtung erkenntnistmäßige Fortschritte erzielbar sind, läßt sich in der Beurteilung der Ursachen der beiden vorangegangenen Weltkriege sehen. Erstaunlich ist, in welchem Maße in dieser Frage liberale und konservative Intellektuelle sozusagen geistig unbewaffnet bleiben und dazu neigen, die beiden

¹⁶ G. Lukács, Zur Debatte zwischen China und der Sowjetunion. Theoretisch-philosophische Bemerkungen. In: Marxismus und Stalinismus, Hamburg 1970, 194 (Zuerst in: Forum, 1963, Hefte 119, 120)

¹⁷ A. Haig, in: "Stern", 1981, Nr. 35, 169.

Widerspruch und Versöhnung

Weltkriege als zufällige Betriebsunfälle anzusehen, sie also nicht aus den Zusammenhängen der gesellschaftlichen Entwicklung zu erklären. Schließlich noch einmal zurück zu Hegel: er nennt es „wahren Patriotismus“, daß Aristophanes „bei Todesstrafe auch nicht scheute, in einem Stück den Frieden anzuraten“.¹⁸

¹⁸ Hegel, Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie, Werke, Bd. 18, 483.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedenstrategie (1982), S. 49-62

Autor: *Martin Schraven*

Artikel

Martin Schraven

„Frieden“ und „Krieg“ in der marxistischen Philosophie

Im Mittelpunkt der marxistischen Philosophie, soweit sie sich mit Problemen von Krieg und Frieden befaßt, steht die Aufgabe, die wissenschaftliche Einsicht in die objektiven Bedingungen von Krieg und Frieden zu erarbeiten und darzustellen. Darüber hinaus hat die marxistische Philosophie die allgemeinen Bestimmungen und Gesetzmäßigkeiten mit den sich im historischen Prozeß veränderten Bedingungen zu verknüpfen, um so einen Zugang zur wissenschaftlichen Bewertung der verschiedenen Erscheinungsformen dieser beiden historischen Kategorien zu finden (z.B. Befreiungskrieg, imperialistischer Krieg, friedliche Koexistenz). Auf der Grundlage dieses Verständnisses fällt der marxistischen Philosophie die Aufgabe zu, sich mit allen relevanten nichtmarxistischen Friedens- und Kriegskonzeptionen auseinanderzusetzen. Besonders die Kritik solcher Konzeptionen sind hier von Interesse, die unter dem Vorwand der Friedenssicherung ihrem Wesen nach Kriegskonzeptionen sind.

Ausgehend von den allgemeinen Aussagen von Marx und Engels soll hier die Entwicklung der Theorie bis heute verfolgt werden. Im letzten Abschnitt werden dann einige Aspekte und Kontroversen der Diskussi-

on dargestellt, die in den letzten Jahren unter marxistischen Philosophen geführt wurde.

1. Frieden und Krieg bei Marx und Engels

Für die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus stand das Thema Krieg und Frieden nicht im Zentrum ihrer Arbeiten. Jedoch im Rahmen der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung befaßten sie sich u. a. mit der Rolle der Gewalt und des Krieges im historischen Prozeß. Sie wandten sich gegen die landläufige bürgerliche Auffassung, daß Krieg und Gewalt die Triebkraft des historischen Prozesses seien. „Dieser ganzen Geschichtsauffassung scheint das Faktum der Eroberung zu widersprechen. Man hat bisher die Gewalt, den Krieg, Plünderung, Raubmord pp. zur treibenden Kraft der Geschichte gemacht.“¹

Am Beispiel der „Zerstörung einer alten Zivilisation durch ein barbarisches Volk“² zeigen Marx und Engels, daß die Ursache (nicht der Verlauf) des Untergangs des Römischen Reiches nicht in der Gewalt, im Krieg und der Eroberung durch die Germanen zu suchen sei, sondern in der Umgestaltung des antiken zum feudalen Eigentum und einer der neuen Eigentumsform entsprechenden Umgestaltung der Gesellschaft. „Staatszwang, Bajonette, Polizei, Kanonen sind „weit entfernt die Grundlage der Gesellschaft zu sein, nur eine Konsequenz ihrer eigenen Gliederung.“³

Engels führt später den Gedanken der Abhängigkeit der bewaffneten Gewalt und des Krieges von der bestimmten ökonomischen Struktur der Gesellschaft, den jeweiligen bestimmten Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im „Anti-Dühring“ und in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ näher aus.

Engels zeigt das Verhältnis von der Entwicklung der Produktivkräfte, der Schaffung eines Mehrprodukts und der daraus folgenden Entstehung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zur Spaltung der Gesellschaft in verschiedene, einander entgegengesetzte Klassen. Um diese Klassenspaltung und die ihr zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse abzusichern, bedarf es einer Instanz, die ihrerseits über entsprechende Machtmittel verfügt: die öffentliche Gewalt, der Staat. Die Spaltung der

¹ K. Marx, F. Engels, Die deutsche Ideologie. In: MEW Bd. 3, 23.

² ebda.

³ ebda., 468.

Gesellschaften in Klassen und die politische Macht, die, scheinbar über den Klassen stehend, in der Tat aber nur die Herrschaft der einen Klasse über die andere aufrecht zu erhalten hat., führt, über die Konkurrenz zwischen den Staaten zur feindlichen Stellung zueinander. Der Krieg ermöglicht es der einen herrschenden Klasse, sich die Produkte (oder wie z.B. in den Sklavenkriegen auch die Produzenten) einer anderen Gesellschaft wohlfeiler anzueignen. Der „Krieg und die Organisation zum Krieg sind jetzt regelmäßige Funktionen des Volkslebens geworden.“⁴

Indem Marx und Engels die Ursache des Krieges im allgemeinen⁵ und dessen Unvermeidlichkeit mit der Existenz der Klassengesellschaft verbunden haben, haben sie zugleich die Möglichkeit gefunden, den dauerhaften Frieden zu sichern: die Beseitigung der Klassen. „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern einer Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.“⁶

In ihren Stellungnahmen zu bestimmten Kriegen zeigten Marx und Engels, daß sie durchaus nicht jeden Krieg ablehnten. Den Krieg Chinas gegen die britische Kolonialpolitik⁷ betrachteten sie ebenso als einen berechtigten Krieg wie auch einige andere bewaffnete Aufstände ihrer Zeit. nicht zuletzt der revolutionäre Bürgerkrieg zur Verteidigung der Pariser Kommune 1871. Der Deutsch-Französische Krieg war in seiner Anfangsphase, solange er noch nicht in einen Annexionskrieg umgeschlagen war, ein berechtigter Verteidigungskrieg.

Die Arbeiterklasse aber müsse, so Marx, sobald sie sich ihrer Macht bewußt sei, den kriegerischen Tendenzen entgegentreten. An die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten schrieb er, daß es gelte, „der Welt zu beweisen, daß jetzt endlich die Arbeiterklasse den Schauplatz der Geschichte nicht länger als abhängiges Gefolge betritt, sondern als selbständige Macht, die sich ihrer eigenen Verantwortlichkeit bewußt und

⁴ F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: MEW 21, 159.

⁵ Der Krieg im allgemeinen ist letzten Endes in der Klassengesellschaft begründet. Um jedoch den Charakter einzelner Kriege genauer bestimmen zu können, ist eine Analyse der bestimmten Klassengesellschaft notwendig. Die konkrete Analyse des Krieges und der Bedingungen des Friedens, d.h. ihrer letzten Ursachen, ist Sache der politischen Ökonomie.

⁶ K. Marx, F. Engels, Manifest der kommunistischen Partei. In: MEW Bd. 4, 479.

⁷ K. Marx, Der englisch-chinesische Konflikt. In: MEW Bd. 12, 102.

imstande ist, Frieden zu gebieten, wo diejenigen, die ihre Herren sein wollen, Krieg schreien.“⁸

2. Die Konkretisierung durch Lenin

Die historische Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft, das Herannahen und schließlich der Ausbruch des 1. Weltkrieges machte es notwendig, innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus die allgemeinen und abstrakten Bestimmungen der marxistischen Kriegs- und Friedens- theorie zu konkretisieren und sie mit der veränderten objektiven Realität zu verknüpfen. Durch die reale Möglichkeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Krieg eine soziale Notwendigkeit ist, zu überwinden, mußte man aus der konkret-historischen Analyse von Krieg und Frieden entsprechende Schlüsse für das politische Handeln der Sozialisten ziehen.

Immer wieder betont Lenin den Zusammenhang von Krieg und Frieden mit der Politik, deren Folge sie sind. Er wendet sich gegen die Auffassung, „daß man den Krieg von der Politik der entsprechenden Regierungen, der entsprechenden Klassen loslösen könne, daß man den Krieg irgendwann als einen einfachen Überfall, der den Frieden stört, mit darauffolgender Wiederherstellung dieses gestörten Friedens betrachten könne. Sich schlagen und sich vertragen! Das ist eine primitive, von Ignorantentum zeugende Auffassung.“⁹

„Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, die die herrschende Klasse der kriegführenden Mächte lange vor dem Krieg getrieben haben, mit Mitteln der Gewalt. Der Frieden ist die Fortsetzung der *gleichen* Politik, unter *Berücksichtigung* jener Veränderungen im Kräfteverhältnis der Gegner, die durch die Kriegshandlungen eingetreten sind.“¹⁰ Die Politik ist stets die Politik von Klassen, d.h. die Politik trägt stets Klassencharakter, und es gibt zu keinem historischen Zeitpunkt eine außerhalb der Klassen, über den oder jenseits der Klassen stehende Politik. Indem die historischen Erscheinungen von Krieg und Frieden im Zusammenhang der Politik als Resultat des Klassen Gegensatzes innerhalb der Gesellschaft betrachtet wird, ist es möglich, die Kriege wissenschaftlich aus den materiellen

⁸ K. Marx, Adresse an die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten. In: MEW 16, 356 f.

⁹ W.I. Lenin, Krieg und Revolution. In: LW 24, 395.

¹⁰ W.I. Lenin, Über das Friedensprogramm, LW 22, 166.

gesellschaftlichen Verhältnissen. und das sind nach Marx letzten Endes ökonomische Verhältnisse, vor allem Produktionsverhältnisse¹¹, zu bestimmen.¹²

Die Produktivkraftentwicklung innerhalb der kapitalistischen Epoche führte zu einer zunehmenden strukturellen Differenzierung der verschiedenen Kapitale. Die Tendenz zur Monopolbildung setzt zwar keines der von Marx entdeckten ökonomischen Gesetze außer Kraft, aber die Durchsetzungsweise dieser Gesetze ändert sich. Statt der freien Konkurrenz vieler Kapitale setzt sich mehr und mehr die monopolistische Konkurrenz weniger großer Kapitale durch. Das allgemeine Resultat - eine genauere Darstellung ist hier nicht möglich - ist, daß die ökonomischen Beziehungen der verschiedenen Nationen und Staaten sich nicht mehr auf den *Warenexport* beschränken. Der *Kapitalexport* wird zunehmend zum bestimmenden Moment der außenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes. Aufgrund der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern und aufgrund der Tatsache, daß die Welt bereits aufgeteilt war (Kolonialreiche), war es notwendig geworden - notwendig im Sinne des Kapitals -, eine Neuaufteilung der Welt vorzunehmen: Krieg. Waren Kriege in der vormonopolistischen Periode des Kapitalismus noch lokal begrenzt,

¹¹ vgl. MEW 13, 8

¹² Lenin knüpft bei der Analyse des Krieges bewußt an der Clausewitzschen Formel an. "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (C. v. Clausewitz, Vom Kriege. Berlin/DDR 1957; zit. nach Erich Hocke, Wolfgang Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, Berlin/DDR 1977). Weiter heißt es bei Clausewitz: "Der Krieg ... geht immer von einem politrischen Zustand aus und wird durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt" (ebda., 93). Trotzdem besteht ein wesentlicher Unterschied beider Kriegsdefinitionen. Der Unterschied findet sich vor allem in der Bestimmung der Politik. Clausewitz verstand die Politik als den über den Klassen stehenden "Repräsentanten aller Interessen der ganzen Gesellschaft" (ebda., 730), als "Intelligenz des personifizierten Staates" (ebda., 35). Indem Lenin die Politik nicht als eigenständige Erscheinung - sondern sie in den sozialen Verhältnissen begründet - begreift, entwickelt er die Clausewitzsche Formel wesentlich weiter. Diese Bemerkung schien mir deshalb angebracht, weil die Clausewitzsche Formel im Zusammenhang mit Lenins Kriegs- und Friedenstheorie so verwendet wird, daß, wenn der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, Kriege, wenn es opportun erscheint, moralisch und politisch legitim seien. Diese Auslegung der Clausewitzschen Formel wird weder Clausewitz noch Lenin gerecht.

nehmen die Kriege in der imperialistischen Periode globalen Charakter an (Weltkrieg, aber auch globale Bedeutung lokaler Kriege).

Lenin charakterisiert im August 1915 den 1. Weltkrieg als Raubkrieg, als imperialistischen Krieg. „Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe dar. Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte. Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen sind und daß nahezu der ganze Erdball unter diesen ‘Kapitalgewaltigen’ aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung. (...)“

Früher fortschrittlich, ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar ein jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der Großmächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jede Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.“¹³ Der Krieg wird nicht deswegen geführt, weil einige internationale Verträge verletzt wurden (z.B. die Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland), sondern weil die verschiedenen Mächte sich gegenseitig die Unterdrückung und Ausplünderung anderer Völker streitig machen. Lenin griff scharf die Haltung der meisten Sozialdemokraten an, die behaupteten, daß dieser Krieg für ihr jeweiliges Land ein Verteidigungskrieg sei. Zu der Frage, wie sich Sozialisten zu Kriegen stellen müssen, erklärt er, daß die Sozialisten Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt haben. „Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (...) und der Anarchisten. Von den ersten unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d.h. von Kriegen der unterdrückten Klassen gegen die unterdrückende Klasse ... Von den Pazifisten

¹³ W.I. Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 81, 301 f.

wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren. Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Greuel, Bestialitäten, Leiden und Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d.h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten, da sie halfen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z.B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft) und die barbarischsten Despoten Europas (...) zu untergraben.¹⁴ Ein imperialistischer Krieg kann aber niemals ein Verteidigungskrieg sein.

Unter imperialistischen Bedingungen ist jeder Friede zugleich ein imperialistischer Friede, ein Friede auf Zeit (a.o.). Und die unheilvolle Kette von Krieg, Frieden, Krieg etc. zu unterbrechen, ist es notwendig, den Kriegen die soziale Basis zu entziehen. Durch die sozialistische Revolution, durch die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“¹⁵, ist es möglich geworden, den Klassengegensatz und das ihn bedingende Privateigentum an den Produktionsmitteln abzuschaffen.

Die historischen Ereignisse sind bekannt: während die sozialistische Revolution in Rußland siegte, konnte sie in den westeuropäischen Ländern niedergeschlagen werden. Die Durchsetzung des Sozialismus in nur einem Lande hatte zur Folge, daß sich der Klassengegensatz innerhalb der Gesellschaften zum internationalen Klassengegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus erweitert hat. Während die soziale Basis von Kriegen auf der einen Seite weiter bestand, entstand auf der anderen Seite ein Gesellschaftssystem, dem die materiellen Grundlagen des Krieges entzogen waren, für das jedoch die staatliche Organisation mit entsprechenden Machtmitteln u.a. infolge des internationalen Klassengegensatzes notwendig war.

3. Die friedliche Koexistenz

¹⁴ ebda., 299.

¹⁵ ebda., 314.

Die historische Entwicklung in der Epoche nach dem 2. Weltkrieg brachte einige Veränderungen hervor; das Nebeneinanderbestehen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung blieb Realität. Die Veränderungen ergaben in ihrer Gesamtheit eine Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus.

- Der Sozialismus setzte sich in mehreren Ländern der Erde durch.
- Die ökonomische und vor allem die militärische Stärke der sozialistischen Staaten wuchs absolut, aber auch relativ.
- Politisch emanzipierten sich die Völker der ehemaligen Kolonialreiche.

Das Resultat dieses Prozesses ist, daß der Sozialismus weder mit ökonomischen noch mit militärischen Mitteln beseitigt werden kann.¹⁶ Daraus ergibt sich die *Möglichkeit*, einen weiteren Weltkrieg zu verhindern; angesichts der Entwicklung der Waffentechnik (Nuklearwaffen) wird die globale Friedenssicherung zur *Notwendigkeit*.

Diese *widersprüchliche objektive Realität* versucht der Begriff der *friedlichen Koexistenz* zu fassen.

„Koexistenz“ beschreibt zunächst nichts anderes als das Faktum, daß Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen nebeneinander bestehen. Die Beziehungen zwischen diesen Gesellschaftssystemen können friedlicher oder unfriedlicher Natur sein. Eine friedliche Politik muß aber wegen des Gegensatzes der Gesellschaftssysteme mit Macht durchgesetzt werden. Damit impliziert der Begriff der friedlichen Koexistenz für die internationale Politik, daß die Politik der sozialistischen Staaten die letzten Endes bestimmende ist. Man kann den Widerspruch, der in der Formel der „friedlichen Koexistenz“ erfaßt ist, auch so ausdrücken, daß ein Friede möglich ist, bevor die soziale Basis des Friedens in allen wichtigen Staaten der Welt gegeben ist.

Der Begriff der friedlichen Koexistenz umschreibt den Frieden einer bestimmten eng umgrenzten Zeitspanne; sie endet mit dem vollständigen Übergang des Kapitalismus zum Sozialismus. Die friedliche Koexistenz ist damit das historische Bindeglied zwischen dem Frieden der Klassen-

¹⁶ In dem Prozeß der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses spielt zwar die immanente Entwicklung der sozialistischen Staaten die wichtigste Rolle. Es kommen jedoch auch andere Faktoren hinzu: die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus, die revolutionären Entwicklungen in der dritten Welt und die anti-imperialistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern.

gesellschaft, der notwendigerweise ständig durch Kriege unterbrochen wird, und dem Frieden der sozialistischen Gesellschaft. Daraus erhellt auch, daß friedliche Koexistenz kein statischer Begriff ist, daß also die Politik der friedlichen Koexistenz den gegenwärtigen internationalen und damit auch nationalen Klassengegensatz zementiert, sondern ein dynamischer Begriff ist. Die Einschränkung in der Klassenseinsetzung bezieht sich ausschließlich auf die Anwendung militärischer Mittel zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

4. Zur gegenwärtigen Diskussion der Begriffe „Krieg“ und „Frieden“

Im Folgenden sollen einige Aspekte der Diskussion, die von marxistischen Philosophen, vor allem in der DDR, geführt wird, dargestellt werden. Ich beschränke mich dabei auf den Bereich „friedliche Koexistenz“; die aktuelle Bedeutung liegt auf der Hand.

Zur kategorialen Bestimmung

Erich Hocke und Wolfgang Scheler bestimmen den Weltfrieden in unserer Epoche als „eine Form der Politik, in der sich der Hauptwiderspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus in dem Widerspruch zwischen dem vom Sozialismus ausgehenden Gesetz des Friedens und dem im Wesen des Imperialismus liegenden Gesetz des Krieges äußert. Deshalb muß dieser Frieden selbst als ein dialektischer Widerspruch begriffen werden.“¹⁷ Der Gedanke von der Widersprüchlichkeit des gegenwärtigen Weltfriedens und die sich aus der bestimmenden Seite dieses Widerspruchs (des Sozialismus) ergebende neue Qualität dieses Friedens, scheint sich in der Diskussion allgemein durchgesetzt zu haben. Wie dieser Widerspruch jedoch genauer zu fassen ist, ist kontrovers. Fritz Welsch¹⁸ wendet ein, daß mit der Gleichsetzung von „Weltfrieden in unserer Epoche“ und „Politik der friedlichen Koexistenz“ Unklarheiten entstehen. Die Politik der friedlichen Koexistenz sei ein dynamischer Prozeß; dagegen sei der Weltfriede in unserer Epoche ein Resultat dieser Politik. Heide stehen zwar in einer dialektischen Wechselbeziehung zueinander, können aber nicht identifiziert werden. Frank Rupprecht, auf den sich sowohl Welsch als auch Hocke/Scheler beziehen, versucht den Widerspruch konkreter zu fassen. „Der Widerspruch des Friedens be-

¹⁷ E. Hocke, W. Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart. Berlin 1977, 151.

¹⁸ Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) 11/78, 1441.

steht darin, daß es ein Frieden unter den Bedingungen der Existenz zweier antagonistisch entgegengesetzter, unversöhnlicher Weltssysteme ist, von denen nur das eine, der Sozialismus, eine innere, wesentliche Einheit mit dem Frieden darstellt, während das andere, der Imperialismus, den Boden für Kriege bildet und durch ein bestimmtes Kräfteverhältnis ständig zur friedlichen Koexistenz gezwungen werden muß. Ein Verhältnis schließt aber immer zwei Seiten ein, und solange es besteht, hängt die Sache, um die es geht, immer von *beiden Seiten* ab. Insofern sind also Frieden und Sozialismus nicht absolut identisch.¹⁹ Es ist daher sinnvoll, die Politik der friedlichen Koexistenz und die jeweils erreichte Etappe in eine Reihe historischer Entwicklungsstufen zu fassen, die für die Herbeiführung des Friedens nötig sind. Rupprecht schlägt dazu, ausgehend vom erreichten Stand (1976) der Erfolge der Politik der friedlichen Koexistenz, vor: „Die allgemeine stufenförmige Richtung dieser Prozesse kann nur lauten: Fortsetzung der Entspannung - Vertiefung und Unumkehrbarkeit der Entspannung - Dauerhafter Friede (dauerhafte und endgültige Stabilisierung des Friedens) - 'ewiger' Frieden (Frieden als Normalzustand der Gesellschaft)²⁰. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen wir am Anfang der Entspannung; die Unumkehrbarkeit der Politik der friedlichen Koexistenz konnte noch nicht endgültig durchgesetzt werden.

Eine andere Kontroverse besteht in der Frage nach dem Verhältnis von weltrevolutionärem Prozeß und friedlicher Koexistenz. Die unterschiedliche Bewertung verschiedener historischer Ereignisse macht die kategoriale Einordnung und die konkrete Bestimmung der verschiedenen Etappen der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus schwierig. Hocke und Scheler stellen fest: „Der kalte Krieg war zwar schon Ausdruck jenes Dilemmas imperialistischer Politik, bei dem die dem Kapitalismus eigene Tendenz zum Krieg auf eine Schranke stieß, nämlich auf die bewaffnete Friedensmacht des Sozialismus. Aber dieser Form imperialistischer Politik gegenüber dem Sozialismus wird *noch* von reaktionären Kriegen, militärischen Interventionen, konterrevolutionären Putschen, Atomkriegsdrohung und jeglichen Formen militärischer Erpressung, subversivem Kampf u.s.w. beherrscht. Darum stellt der kalte Krieg seinem Wesen nach eine Form des imperialistischen Friedens

¹⁹ F. Rupprecht, Philosophische Probleme der marxistisch-leninistischen Friedenskonzeption. In: DZfPh 1/76, 10 (H. v. m.).

²⁰ ebd., 17.

dar.²¹ Von dieser Etappe unterscheiden Hocke und Scheler die Politik der friedlichen Koexistenz, d.h. die Etappe der Entspannung als eine Form internationaler Politik, in der die dem Sozialismus eigene Gesetzmäßigkeit über die des Imperialismus dominiert. „Sie ist die dem Wesen des Sozialismus gemäße Form des Kampfes zwischen den beiden sozialen Systemen. Ihrem Inhalt nach ist sie schon kein imperialistischer Frieden mehr, aber auch noch kein sozialistischer Frieden.“²² Welsch wendet dagegen ein: „Abgesehen davon, daß zwischen der Ausgangsthese, daß die friedliche Koexistenz ‘als konkret-historische Form des Friedens in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus’²³ zu betrachten sei, und der Beschränkung dieser konkret-historischen Form auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg ein logischer und historischer Widerspruch besteht, treffen alle diese Bestimmungen des kalten Krieges auch auf die Zeit nach dem kalten Krieg zu. Der USA-Krieg gegen Vietnam, die reaktionären Kriege Israels, der faschistische Putsch in Chile und die Erpressungspolitik mit der Neutronenbombe seien nur als die herausragendsten Beispiele genannt.“²⁴

Der qualitative Unterschied zwischen dem kalten Krieg und der Entspannung, der zweifellos besteht, muß anders gefaßt werden. Welsch bietet an, „die gesamte Entwicklung nach 1945, in der durch die Stärke des Sozialismus und aller Friedenskräfte ein weltweiter Krieg verhindert werden konnte, und der Imperialismus Schritt für Schritt zur Anerkennung des veränderten Kräfteverhältnisses gezwungen werden konnte, als neue Etappe des Weltfriedens zu bezeichnen, in der die Tendenzen des imperialistischen Friedens noch wirken und die Tendenzen des durch den Sozialismus bestimmten anti-imperialistischen demokratischen Friedens an Kraft gewinnt. Darin ließen sich dann auch die Etappen kalter Krieg - Beginn der Entspannung - Kampf um die Festigung der Entspannung einordnen.“²⁵

Die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Friedensforschung

Großes Interesse zeigen die marxistischen Philosophen der DDR an der bürgerlichen Friedensforschung hierzulande. In der Auseinandersetzung

²¹ Hocke/Scheler, a.a.O., 152.

²² ebda., 152.

²³ vgl. ebda., 143.

²⁴ DZfPh 11/78, 1442

²⁵ ebda., 1442.

zeigt sich hier vor allem der Schwerpunkt, daß der Imperialismus und die ihm inhärente Eigentumsform als letztendliche Kriegsursache ignoriert wird. Dies ist z.B. der Fall, wenn die Bedrohung des Weltfriedens in der Existenz der Massenvernichtungswaffen gesehen wird. Die eigentlichen Kriegsursachen werden auch in der Theorie von den beiden Supermächten unterschlagen. In der ausschließlichen Anklage der Waffenarsenale wird die Tatsache ausgeklammert, daß hinter diesen Waffen verschiedene politische Konzeptionen, verschiedene politische Zwecke stehen. „Mit diesem Ausweichen vor dem Klassenwesen von Krieg und Frieden aber gelangen viele bürgerliche Friedensforscher zur paritätischen Kritik an Ost und West.“²⁶

Unterschiedlich wird jedoch die politische Funktion der bürgerlichen Friedensforschung eingeschätzt. Solche friedensforscher, meinen Hocke und Scheler, „die internationale Sicherheit und Frieden wollen, können zweifellos zu richtigen Teilerkenntnissen über die Kriegsursachen und Wege zum Frieden gelangen. Dies gilt insbesondere für abgeleitete Fragestellungen, zum Beispiel die Beseitigung der Kernwaffen, die Einstellung des Wettrüstens u.a.m., worin Wege zum Frieden gesehen werden. Auf dem Boden solcher Teilerkenntnisse ergibt sich die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit in der Weltfriedensbewegung.“²⁷

„Friedensforscher wie ... Dieter Senghaas, Fritz Vilmar und E. Krippendorf leisten, wenn auch auf bürgerlichen Grundpositionen verbleibend und zumeist nicht frei von antikommunistischen Ressentiments, einen wichtigen Beitrag zur Kritik imperialistischer Kriegspolitik und zur Durchsetzung des Gedankens der friedlichen Koexistenz.“²⁸

Welsch vertritt dagegen die Auffassung, daß die genannte Friedensforschung vielmehr dem veränderten Konzept entspricht, das der Imperialismus unter teilweiser Anerkennung des veränderten Kräfteverhältnisses gegenüber dem Sozialismus anwendet. „Es ist deshalb nicht ganz verständlich, wenn Hocke und Scheler in dem Bestreben, die Gemeinsamkeit der objektiven Interessen von Marxisten und kleinbürgerlichen Ideologen an der Erhaltung des Weltfriedens hervorheben, zwar deren abstrakt-ahistorische Betrachtungsweise prinzipiell kritisieren und auf die antikommunistischen Konsequenzen hinweisen, aber deren faktische Einordnung in das ideologische Herrschaftsarsenal jener imperialisti-

²⁶ ebda., 1443.

²⁷ Hocke/Scheler, a.a.O., 183.

²⁸ ebda., 61.

schen Kreise, die der sozialistischen Politik der friedlichen Koexistenz eine flexiblere imperialistische 'Koexistenz-Doktrin' entgegenhalten, gering bewerten.²⁹ Dieser Koexistenz-Doktrin entsprechen jene Friedensforscher, die in ihrer Koexistenzthese einen dritten Weg zum Frieden sehen.

Zur moralischen Wertung von Krieg und Frieden

Die moralische Wertung von Krieg und Frieden führt zu den Kategorien des gerechten und ungerechten Krieges sowie des gerechten und ungerechten Friedens³⁰. Die marxistische Philosophie insistiert darauf, daß die Unterscheidung in gerechte und ungerechte Kriege für alle möglichen Kriege Gültigkeit hat, also auch in einem Krieg, in dem die Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden. Dagegen wird von bürgerlicher Seite eingewandt, daß es das Ziel eines gerechten Krieges sei, das Leben unterdrückter Nationen zu verteidigen und ihre gerechten Interessen durchzusetzen. Aber in einem Nuklearkrieg, auch wenn er noch so gerecht sei, werden die Interessen und das Leben der Unterdrückten nicht verteidigt, sondern restlos zerstört.

Franz Loeser und andere wenden hier ein, diese Auffassung das Wesen, den Charakter eines Krieges mit dessen Verlauf und Ausgang verwechselt. Das Wesen eines Krieges bleibt unverändert, unabhängig welche Mittel in ihm eingesetzt werden. Die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen hat aber noch eine andere Bedeutung. Der bürgerliche Friedensforscher E. Jahn sagt: „Die Aasgeier mögen sich, falls noch vorhanden, um die 'Kriegsschuldfrage' streiten und die Leichen der 'Kriegsverbrecher' nach Nürnberg, falls noch auffindbar, schleppen, damit der Teufel die 'gerechten' und 'ruhmreichen' aus den barbarischen aussortieren kann.“³¹ Die Unterscheidung eines künftigen Weltkriegs in gerecht und ungerecht hat jedoch weniger die Bedeutung, *nach* diesem Krieg die Kriegsschuldfrage zu klären, sondern es geht „um den Schuld-

²⁹ DZfPh 11/78, 1443.

³⁰ Eine moralische Wertung in der marxistischen Philosophie bedeutet nicht, daß das Individuum, frei und unabhängig von äußeren Zwängen (allein seinem Gewissen verantwortlich), ein Urteil fällt. Wesentlich für den Marxismus ist die Einheit von wissenschaftlicher Analyse und moralischer Wertung.

³¹ E. Jahn, Kommunismus und was dann? Zur Bürokratisierung und Militarisation des Systems der Nationalstaaten, Reinbek bei Hamburg 1974, 128.

spruch für potentielle Kriegsverbrecher im Lager der imperialistischen Bourgeoisie.“³²

Ausgehend von der Feststellung, daß aufgrund des veränderten Kräfteverhältnisses die Möglichkeit besteht, einen weiteren Weltkrieg zu verhindern, versucht Franz Loeser gerechte und ungerechte Kriege nach ihrer Vermeidbarkeit und Unvermeidbarkeit zu differenzieren: „Unvermeidbare Kriege sind rechte Kriege dann, wenn der bewaffnete Kampf die einzige Möglichkeit ist, die imperialistische Aggression und Unterdrückung abzuwehren, die Politik der fortschrittlichen Kräfte gegen die Reaktion durchzusetzen und zu einem gerechten Frieden zu kommen. Vermeidbar sind gerechte Kriege dann, wenn das Kräfteverhältnis die Möglichkeit bietet, die gerechten Ziele auch auf friedlichem Wege durchzusetzen.“³³

Kritische Nachbemerkung

Die Auseinandersetzung der marxistischen Philosophie mit bürgerlichen Auffassungen von Krieg und Frieden nimmt breiten Raum ein. Dies ist auch sinnvoll; denn nur die offene Diskussion zwischen den unterschiedlichen und oft gegensätzlichen ideologischen Lagern kann dazu beitragen, Mißverständnisse und falsche Unterstellungen auszuräumen. Die theoretische Form der Auseinandersetzung ist die Kritik. Hocke und Scheler³⁴ ist recht zu geben, daß es für die weitere Durchsetzung von Frieden und sozialem Fortschritt äußerst bedeutungsvoll sei, eine fundierte Kritik der alten und stets neu produzierten bürgerlichen Auffassungen von Krieg und Frieden zu leisten. Wenn aber diese Kritik dabei stehenbleibt, die philosophischen Wurzeln der heute vorherrschenden Ideen über Krieg und Frieden zu entblößen, so scheint mir zweifelhaft, ob dies genügt. Wenn z.B. eine Reihe bürgerlicher Friedensforscher so eingeordnet werden, daß alle diese Auffassungen „auf eine subjektiv-idealistische Trennung der Politik von ihren materiellen gesellschaftlichen Grundlagen, sowie auf die Leugnung des Klasseninhalts und Klassencharakters der Politik“³⁵ hinauslaufen, so scheint mir dies für eine fruchtbare Auseinandersetzung nicht hinreichend zu sein.

³² Hocke/Scheler a.a.O., 258.

³³ F. Loeser, Philosophische Fragen des Friedenskampfes. In: DZfPh 1/76. 77.

³⁴ Hocke/Scheler, a.a.O., 48.

³⁵ ebda.

Schraffen

Es soll der Wert einer präzisen Fixierung bestimmter philosophischer Richtungen nicht unterschlagen werden; sie ist wichtig und notwendig. Für die Diskussion ist es jedoch nötig, „diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!“³⁶

³⁶ K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW Bd. 1, 381.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedenstrategie (1982), S. 63-65

Autor: *Redaktion*

Artikel

**Umfrage am
Fachbereich**

**Was haben Philosophen mit dem
Frieden zu tun?**

Diese Frage richtete Elmar Treptow als Mitherausgeber des „Widerspruchs“ an die Kollegen am Fachbereich. Liegt die feststellbare Abstinenz der Philosophie in Friedensfragen daran, daß der Friede kein Thema für die Philosophie ist - anders als etwa der Begriff der Freiheit - oder an der Inkompetenz der Philosophie und Philosophen, etwas Gescheites zur Problematik des Friedens beizutragen?

Überrascht waren wir jedenfalls von der Resonanz auf die Anfrage: insgesamt 15 Antworten trafen schriftlich ein, und einige Dozenten gaben mündlich ihre Stellungnahme ab. Sicherlich - diese Resonanz hat wohl mehr mit dem Engagement und der Betroffenheit der Einzelnen in der gegenwärtig angespannten Situation als mit der prinzipiellen Problematik des Verhältnisses von Philosophie und Frieden zu tun; aber sie dokumentiert doch die verbreitete Bereitschaft, den philosophischen Standpunkt in Bezug auf die derzeitige Friedensdiskussion und -bewegung zu prüfen und zu reflektieren. Und das wäre ja für Münchner Verhältnisse nicht wenig.

Zweifelsohne ist die Frage nach dem Verhältnis von Philosophie und Frieden für die Philosophen vorrangig eine philosophische Frage; und es ist daher nicht verwunderlich, daß die Antworten je nach Richtung ganz

Was haben Philosophen mit dem Frieden zu tun?

verschieden ausgefallen sind. Sie reichten von der Ansicht einiger Dozenten, ihre Veranstaltungen seien schon als ein mehr oder weniger indirekter Beitrag zur Friedensthematik zu verstehen (Biser, Simons, Scheidt), bis hin zu der Auffassung, daß die Philosophie offenkundig gar nichts mit diesem Thema zu tun habe (Friedmann). Überwiegend herrschte jedoch die Meinung, Philosophie habe zwar einen Beitrag zum Frieden zu leisten, es fiele ihr jedoch außerordentlich schwer, das spezifisch Philosophische daran angeben zu können. Nur wenige sahen sich in der Lage, sich bestimmter zu diesem Thema zu äußern.

Für Prof. *Eberlein* etwa besteht der Beitrag der Philosophie primär in der begrifflichen Rekonstruktion der vorhandenen Friedenstheorien, während er die eigentliche Aufgabe der Friedensforschung im Bereich der empirischen Sozialwissenschaften, in der Spiel- und Entscheidungstheorie, sieht. Konsequenterweise betrachtet er sich daher auch als Gegner der Friedensbewegung, der er gerade ihre ethisch-praktische Dimension vorwirft.

Mehr mit dem Friedensthema anfangen kann offensichtlich Prof. *Zahn*. Da für ihn die Philosophie im wesentlichen die Selbstvergewisserung des Menschen im Ganzen seiner Wirklichkeit ist, sieht er selbstverständlich auch die Fragen nach den Bedingungen, Gefahren und Möglichkeiten des Friedens in ihren Bereich fallen. Daß er sich derzeit nicht in der Lage sieht, einen sinnvollen Beitrag zu leisten, solle man jedoch nicht als prinzipielle Abstinenz, sondern als ernstzunehmende Verunsicherung und Ohnmacht verstehen, sich in der paradoxienreichen Situation der Friedensproblematik zu vergewissern.

Die weitestgehende Integration des Friedensthemas in die Philosophie unternimmt Dr. *Scheidt*. Der Friedensbegriff müsse als wesentliches Moment im Rahmen einer umfassenden Sozialphilosophie behandelt werden, die nicht nur individualanthropologische Elemente enthält, sondern ebenso sehr auch soziale und politische Begriffe, wie Macht und Herrschaft, Humanität und Gerechtigkeit einbezieht. Recht besehen, könnte gerade die Ausarbeitung eines solchen Konzeptes ein spezifisch philosophischer Beitrag sowohl für die Theorie des Friedens als auch innerhalb der Friedensdiskussion verstanden werden. Scheidt jedenfalls gilt dies als Auftrag zur Versachlichung und Fundierung der Auseinandersetzung um den Frieden.

Leider sieht sich auch Prof. *Weizsäcker* nicht in der Lage, einen Beitrag zu leisten, da er diesen als Teil einer öffentlichen Diskussionsinstanz verstehen würde, aus der er sich gegenwärtig zugunsten philosophischer Arbeiten

Umfrage

zurückzuziehen wünscht. So berechtigt uns dieses Anliegen auch erscheint, so bedauerlich empfinden wir dennoch die Entgegensetzung von Frieden und Philosophie, die Prof. Weizsäcker mit seiner Begründung zum Ausdruck bringt.

Reizvoll wäre sicherlich die Auseinandersetzung mit Dr. *Westermanns* Theorie vom Frieden. Der Friede sei derjenige Zustand, in dem jeder, das Rechte wissend, das Rechte tue. Ein solcher Zustand, so Westermann, sei allerdings utopisch, weil der Mensch als ein bloß endliches Wesen weder vom Irrtum geschützt noch in der Lage ist, das, was rechtens ist, auch zu tun. Angesichts dieses Konzeptes wäre an Westermann die Frage zu stellen, ob sich nicht In jenem utopischen Moment die Schwäche seiner Philosophie zeigt, indem sie die Friedensproblematik auf das ethische Problem des Individuums zu reduzieren trachtet, und die ganze Sphäre des sozialen und politischen Lebens ausklammert.

Unabhängig von der Frage nach dem möglichen Beitrag der Philosophie zum Frieden reicht die Einstellung unserer Münchner Philosophen zur aktuellen Friedensbewegung von der Unterstützung gerade jüngerer Dozenten über eine offensichtlich tiefreichende Verunsicherung angesichts der Problematik der Friedenssicherung, wie Sie durch die öffentliche Diskussion aufgeworfen wurde, bis leider, aber nicht verwunderlich zur Ablehnung der Friedensbewegung und zur offenen Unterstützung einer kompromißlosen Haltung des Westens gegenüber dem Osten.

Ziehen wir schließlich das Fazit aus der Anfrage an die Münchner Philosophen, dann bleibt zweierlei festzuhalten: zum ersten hat die Friedensbewegung sicherlich bewirkt, daß auch in der Philosophie das Bewußtsein über die Probleme von Krieg und Frieden gewachsen ist, und daß sie die Reflexion über das Verhältnis der Philosophie zu den Problemen des öffentlichen Lebens gefördert hat. Zum anderen ist jedoch nicht zu übersehen, wie abstrakt, unbestimmt und unsicher diese Reflexionsversuche derzeit beim größten Teil des Lehrkörpers (noch?) sind. Vielleicht kann diese Ausgabe des „Widerspruchs“ als Anhaltspunkt zur Klärung und Präzisierung der eigenen Standpunkte etwas beitragen.

WIDERSPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 66-74
Berichte & Rezensionen

Berichte und Rezensionen

Redaktion: Bernhard Heidtmann
**Dialektik 2. Hegel - Perspektiven
seiner Philosophie**
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1981.

Seit fast einem Jahr besteht nun das Periodikum „Dialektik“, dem die Herausgeber eine interessante und vielversprechende Konzeption zugrunde gelegt haben. Es soll keine traditionelle Fachzeitschrift für Philosophen, sondern ein breitgefächertes Organ sein, das die aktuellen Entwicklungen in den Gesellschafts- und Naturwissenschaften philosophisch analysieren und verallgemeinern will und damit – so die Herausgeber – auch einen theoretischen Beitrag für die demokratische Bewegung leisten will. Ergänzt wird der Hauptteil des jeweiligen Bandes durch Berichte und Diskussionen, die dem Periodikum einen überaus informativen und aktuellen Charakter verleihen.

Bei dieser Ausrichtung von „Dialektik“ erscheint es zunächst recht überraschend, daß der zweite Band

fast vollständig Hegel und seiner Philosophie gewidmet ist. Aber es ist nicht nur der gegenwärtige Anlaß des 150. Todestags, der diese Themenwahl nahelegt, sondern vor allem die unbestreitbare Wirkung von Hegels Philosophie in der Gegenwart, wie die Herausgeber feststellen. Was liegt für eine Zeitschrift namens „Dialektik“ näher, als daß sie vor allem Hegels dialektische Methode, die Gegensätze aufzusuchen und diese in ihrer Einheit zu denken, als bleibendes Verdienst seiner Philosophie ansieht? Ein Zeitalter, das so wie das gegenwärtige in und mit Gegensätzen lebt, könne auf Hegel nicht verzichten; denn – so die Herausgeber – im Interesse der menschlichen Gattung komme es darauf an, die Gegensätze nicht als politische und ideologische Gegebenheiten in „abstrakter Opposition“ stehen zu lassen, sondern sie als Momente der prozessierenden Einheit der Menschheitsgeschichte aufzufassen soll es nicht zur „atomaren Katastrophe“ kom-

Bücher zum Thema

men, die die Kontrahenten vernichten würde. Unter dieser Perspektive gibt es derzeit Grund genug, Hegel zum Gegenstand der gegenwärtigen Philosophie zu machen.

Allen Aufsätzen des Bandes ist gemeinsam, daß sie aus dem Interesse der Autoren am Fortbestand und Fortgang der Menschheit geschrieben sind, und bei aller Allgemeinheit dieses humanistische Anliegen nicht aus den Augen verlieren.

Hans Heinz Holz macht zu Anfang deutlich, daß es nicht darum gehen könne, Hegels Philosophie als Steinbruch für Weltweisheiten oder dialektischen Gedankenspiele zu mißbrauchen, sondern daß sie als grandioses System des sich entwickelnden Aneignens und Abbildens der Totalität im Gedanken verstanden werden muß. Ihre „Zeit in Gedanken gefaßt“; aber als Abbild, nicht als Demiurg der Wirklichkeit, wie Hegel fälschlich annahm.

W. Krohn eröffnet im Diskussions teil die Debatte über die Rolle der Philosophie gegenüber den Naturwissenschaften. Gegenüber den Thesen der Autoren H.H.v. Borzeczowski und R. Wahsner im Band „Dialektik 1“ behauptet Krohn, daß in erster Linie nicht die Philosophie es sein könne, die die erkenntnistheoretischen Aspekte und Probleme der modernen Naturwissenschaften zu analysieren habe.

Kongreßberichte und eine Dokumentation zum Berufsverbot des

Münchener Soziologen H. Holzer beschließen den Band.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß es derzeit nichts Vergleichbares geben dürfte, das die Aktualität und den gegenwärtigen Diskussionsstand um Hegels Philosophie in so zusammenhängender und übersichtlicher Form auf philosophischem Niveau präsentiert.

Alexander von Pechmann

Reiner Steinweg (Red.)

Der gerechte Krieg

edition suhrkamp 1017, Frankfurt/Main 1980.

Der Anlaß zu diesen Suhrkamp-Band war der Sturz des Schahregimes im Iran, der ohne die islamische Tradition des gerechten Kriegs nicht möglich gewesen sei. Herausgegeben von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ versammelt das Bändchen eine Reihe von Artikeln, die die Theorien des „gerechten Krieges“ behandeln.

Ist ein „gerechter Krieg“ im Atomzeitalter überhaupt noch möglich, wenn der Krieg zur Vernichtung der Menschheit führen kann? Bedeutet dies aber, daß die unterdrückten Völker sich nicht gerechterweise, auch mit militärischen Mitteln, gegen ihre Unterdrücker wehren dür-

fen? Das ist in etwa die Bandbreite der Problemstellung, auf deren Hintergrund das Buch das Thema behandelt.

Der Tradition des gerechten Kriegs im Islam geht *Ch. Rajensky* in ihrem Beitrag nach. Sie stellt die verschiedenen Etappen der Ausbildung der Lehre vom „jihad“ (Heiliger Krieg) ausgehend von der Gründung des Islam bis zur Gegenwart dar und versucht, ein Fazit der iranischen Revolution 1978/75 zu ziehen.

Zwei Artikel (*P. Engelhardt*, *W. Linnemann*) befassen sich mit der christlichen Lehre vom gerechten Krieg im Katholizismus und Protestantismus. Beide gehen auf die konfliktreiche Haltung der Kirchen zu dieser Frage ein, die von der Kriegsächtung bis zur Unterstützung des Krieges reicht. Interessant ist dabei die Darstellung der differenzierten und spannungsgeladenen Einstellung der Kirchen zum Atomkrieg einerseits und den Befreiungskriegen in der Dritten Welt andererseits.

Was die Darstellung der marxistischen Auffassung vom gerechten Krieg betrifft, so sei der Artikel dazu im vorliegenden Band zur Lektüre empfohlen.

Ärgerlich ist *O. Kimminichs* Artikel über den „gerechten Krieg im Spiegel des Völkerrechts“. Er beurteilt die Frage des völkerrechtlichen Gewaltverbots ausschließlich vom Standpunkt des imperialistischen Westens. Im Vordergrund steht bei

ihm das Problem, wie die Länder der Dritten Welt zu einem „friedlichen Wandel“ veranlaßt oder gezwungen werden können. Das Problem der Gerechtigkeit läßt er unter der Zwangsjacke des „Gewaltverbots“ weitgehend verschwinden.

Insgesamt läßt sich sagen, daß das Buch vor allem eine Menge historischer Fakten zu den Theorien vom gerechten Krieg vermittelt; was jedoch die allgemeine Tendenz des Buches angeht, so vertritt es größtenteils konservative Positionen.

Alexander von Pechmann

Zuviel Pazifismus?

Rowohlt (TB, Nr. A 4846), Reinbek 1981, 236 S.

Was haben die Herausgeber gedacht, als sie diesen Buchtitel wählten? Zuviel Pazifismus? Kann es denn *zuviel* Pazifismus geben?, könnte der Unbefangene fragen. Unser Regierungssprecher brachte die Besorgnis der Bundesregierung über die anwachsende Manifestation der Friedensliebe der Bundesbürger zum Ausdruck. Dies ist der Grund der Entstehung dieses Sammelbandes. Die Intention der Herausgeber lautete nicht, „eine Ansammlung anti-amerikanischer Texte“ zu publizieren, sondern vielmehr, die Irrationalität unserer Friedenssiche-

rungepolitik aufzuzeigen. Somit sind die Beiträge der Autoren sowohl Appelle an die Vernunft als auch Ausdruck der schieren Verzweiflung in Form von kritischen und sachlichen Angaben über die Rüstungsphilosophie auf westlicher Seite. Einige der markantesten Beiträge dieser Taschenbuchausgabe sollen hier kurz besprochen werden.

Heinrich Böll (Schriftsteller) zum Beispiel meint, „es ist zum Verrücktwerden“, daß die Bundesregierung die anwachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer als Schande empfindet (12). Er empfiehlt der SPD „sich endlich von ihren Armeekomplexen zu kurieren“ (13).

Fritz Eberhard (Staatssekretär a.D.), stellt die aktuelle Frage, ob im Falle eines Atomkrieges Verteidigung überhaupt noch sinnvoll sei, ohne daß dieser Krieg der zumindest rüstungsmäßig von beiden Seiten realisierbar ist im Völkerselbstmord endet.

Axel Eggebrecht (Journalist) – sein Beitrag wurde bereits 1948 veröffentlicht – proklamiert den Einsatz für einen aktiven Frieden, wenn er sagt: „der Friede muß erkämpft werden“ (27). Auch wenn in der Geschichte der Menschheit blutige Kriege an der Tagesordnung waren, ist das Engagement für den „Ewigen Frieden“ Immanuel Kants nicht als Utopie zu verwerfen. Die Sklaverei galt als natürlich und wurde schließlich doch bekämpft und abgeschafft, führt er als Beispiel an.

„Nicht der Krieg der Friede ist der natürliche Zustand“, schreibt er (29). Für die Römer sei es ehrenvoll gewesen, für des Vaterland zu sterben; heutzutage, wo eigentlich die ganze Erde unsere Heimat ist, sollte es ebenso ehrenvoll sein, für ihre Erhaltung zu kämpfen. Der Krieg ist eine Seuche, meint er, die man, genauso wie früher die Pest, heute mit allen Mitteln bekämpfen muß.

Dieter Wellershof (freier Schriftsteller), beruft sich in seinem Beitrag auch auf Kants „Ewigen Frieden“, und hofft, wie dieser, auf den Sieg der Vernunft. „Die Doktrin von Clausewitz, daß der Krieg das letzte Mittel der Politik sei“, muß endgültig ad absurdum geführt werden, angesichts des Arsenal an Overkill-Kapazitäten der beiden Blockmächte.

Wellershof steht der Sicherheitspolitik der Reagan-Administration – die den Frieden sichern soll – voll Skepsis gegenüber. Er vermutet, daß die Amerikaner die Niederlage in Vietnam noch nicht überwunden haben. Andererseits, so Wellershof, wäre die Sowjetunion durch ihre Besetzung von Afghanistan diskreditiert. Er fährt fort: „Es ist schwer vorauszusagen, was so neurotisierte Nationen und ihre Regierungen in neuen Krisenlagen tun werden“ (62). Sein Vorschlag zur Friedenssicherung lautet: „Abbau der Angst durch Abbau der Drohung“, d.h. Konzentration auf rein defensive Rüstung und Strategien (65). Wel-

lershof bezieht sich in diesem Kontext auf eine Studie amerikanischer Wissenschaftler (1978) unter Leitung von Philip Morrison: „The Prize of Defence“. Das Ergebnis dieser Studie lautet: Abwehrwaffen sind wirkungsvoller und billiger als Angriffswaffen. Die Konsequenz wäre: mehr Sicherheit um den halben Preis. Wellershof befürwortet, daß die „ingesparten Kosten einem internationalen Fonds zugeführt werden, der Aufgaben von menschengeschichtlicher Bedeutung finanziert... Rettung bedrohter Weltmeere, Bewässerung der Sahara“ (66). Und was wäre denn, wenn alle nur noch Abwehrwaffen besäßen? Dann würden sogar diese überflüssig. Jeder auch noch so unrealistisch anmutende Vorschlag zur Friedenssicherung sei wertvoller als die populärere Motivation zur Beibehaltung der Abschreckungspolitik.

Leonhard Mahlein (Gewerkschafter) erinnert in einem Brief an einen Bundeswehrsoldaten daran, daß Kriege nicht einfach irgendwann beginnen oder ausbrechen wie es in unseren Schulbüchern zu lesen ist -, sondern daß Kriege geplant und von Menschen gemacht werden. Mahlein plädiert an den Soldaten, für Entspannung und Abrüstung einzutreten; denn, wie er richtig feststellt, gibt es nicht zu viele, sondern zu wenige Pazifisten (80).

Ernst Tugendhat (Philosoph), äußert sich in Form eines Leserbriefes an „Die Zeit“ über den „Stern-

Bericht“ vom 19.2.81 „über die vorhandene und geplante Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik“. Tugendhat kritisiert darin vor allem den Journalisten Theo Sommer und dessen Reaktion auf den Bericht. Dieser versuche mit Akribie, die „Stern“-Veröffentlichungen zu diffamieren. Außer der Information über die Standorte der Atomwaffen, enthält dieser Bericht auch wertvolle Fakten über den sog. Entwaffnungsschlag. Tugendhat schreibt dazu: „Es gibt Gründe, die befürchten lassen, daß es der Westen und nicht der Osten sein wird, der Atomwaffen zuerst einsetzen wird. Daß entsprechende Planungen vorliegen, ist bekannt“ (96).

Bernd C. Hesslein (Fernseh-Journalist) stellt fest, „unsere Politiker sind stolz darauf: seit 36 Jahren hat es keinen Krieg mehr in Europa gegeben“ (148). Aber können sie stolz sein auf die 128 kriegerischen Konflikte, die es seit dem 2. Weltkrieg gegeben hat? Was die Friedenssicherung betrifft, sollten wir uns endlich an den Gedanken der Gewaltlosigkeit gewöhnen, meint Hesslein. Er wehrt sich gegen die zunehmende Diffamierung des Begriffs Pazifismus. Dieser sei nicht nur ein Schlagwort, wie es Jürgen Brandt, Generalinspekteur der Bundeswehr, den Motiven der Friedensbewegung unterstellt, die er als Nährboden für Militanz und Aggressivität denunziert. Andererseits

ist der Pazifismus aber keine „Methode für Feiglinge“, wie es von Johannes Gross und Hans-Dieter Bastian behauptet wird (153). Gewaltloser Widerstand erfordert Zivilcourage und Mut. Der ermordete Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King hat im Gefängnis die Zusammengehörigkeit von Gewaltlosigkeit und Mut folgendermaßen formuliert: „Gewaltloser Widerstand gegen das Böse ist keine Methode für Feiglinge. Es ist der Weg des Starken“ (S. 153), auch wenn das manchem absurd vorkommt. Hesslein weist in diesem Zusammenhang auf die kritische Friedensforschung von Theodor Ebert, Dieter Senghaas und Fritz Vilmar hin, deren Lehre von der sozialen Verteidigung als Alternative zur militanten Friedenssicherung steht. Darüber hinaus ist für diese Friedensforscher eine Gesellschaftsveränderung in Richtung Sozialismus unerlässlich für eine dauerhafte Friedenssicherung. Insgesamt ist dieses Buch ein Appell an unsere Bundesregierung, sich anderen sichereren Friedenskonzepten und Strategien zuzuwenden.

Angela Redinger

Kriegsgefahr und Friedenspolitik. Bericht von der 3. sozialistischen Konferenz

Ca. 600 Angehörige der zersplitterten deutschen Linken trafen sich am 27.-29. November in Bochum, um die hochaktuellen Problem der Entwicklung und Durchsetzung einer Friedenspolitik zu diskutieren. Von Teilen der Jusos über die Linksozialisten (SOST, Prokla, ISP) zu DKP, KB, etc. reichte das repräsentierte Spektrum der sozialistischen Linken. Die „Ökosozialisten“ (Bahro, Kelly ...) blieben diesmal der Konferenz mehrheitlich fern und es dominierten die traditionell marxistisch orientierten Kräfte.

Ohne Zweifel bilden sich – wenn auch langsam – neue Formen heraus, miteinander umzugehen, Anstrengungen, die Standpunktlogik zugunsten eines produktiven Diskurses und einer angestrebten politischen Handlungsfähigkeit aufzugeben. Weniger war die alte Blockade und Fixierung der Linken durch bzw. auf die Sozialdemokratie Zentrum. Sondern die Probleme eines neuen Massenelends, der kapitalistischen Krise und eben der Kriegsgefahr stellen jeden vor die Notwendigkeit, die Freiheit der Kritik höher zu stellen als Scheuklappen – um Perspektiven hin auf eine neue Gesellschaft zu gewinnen.

Nach einer Darlegung verschiedener Standpunkte über die derzeitige Lage im Freitagssplenium wurden am Samstag 8 Stunden an insgesamt 9 Schwerpunkten diskutiert. Zugunsten einer qualitativen Einschätzung

verzichte ich auf die einfache Aufzählung dieser AG's und schildere die wesentlichen Bewegungsfelder und Konfrontationslinien.

Konsens war darüber, daß in der derzeitigen Lage die Hinentwicklung auf einen Krieg von der USA-Politik und der Bemühung der US-Administration einen „möglich gewordenen Atomkrieg“ auf Europa zu begrenzen, ausgehe. Argumente der Blockkonfrontation als notwendige Konsequenz der Blocklogik, oder der „Exterminismus“ waren kaum repräsentiert. Freilich driften in der Analyse des sozioökonomischen Hintergrunds dieser Entwicklung die Einschätzungen auseinander und dürften nur durch längere gemeinsame theoretische „Kanalarbeit“ vereinheitlicht werden.

Bei dem Problem „Sowjetunion – Friedensmacht, Kriegstreiber, oder was sonst“ schlugen die Emotionen vieler Teilnehmer höher und das analytische Instrumentarium wurde weniger gebraucht. Vielen ging es nicht um die politisch-strategische Einschätzung der SU für die zu entwickelnde Friedenspolitik, sondern eher darum den sozialistischen oder nichtsozialistischen Charakter der östlichen Gesellschaften zu beweisen. Das nach dem Schema: Ist die SU sozialistisch, so betreibt sie notwendig Friedenspolitik, oder ist sie nicht sozialistisch, so betreibt sie keine, oder betreibt sie keine, dann ist sie nichtsozialistisch, usw. Mit kritisch-revolutionärer marxistischer

Theorie hat solch Schematismus nichts mehr gemein, eher schon ist er die platte Umkehrung doktrinärer bürgerlicher Propaganda und Vorstellungen. Am differenziertesten schien die Einschätzung *Michael Stamms* von der ISP, der argumentierte, quasi unabhängig vom sozialistischen/nicht-sozialistischen Charakter der SU ließe sich feststellen, daß sie an ökonomischen Expansionsinteresse (bzw. -möglichkeiten) den kapitalistischen Metropolen unterlegen sei und deshalb ein politisches Reproduktions- oder Sicherheitsinteresse habe. Dies lasse sich so charakterisieren: Alles, was gegen die USA gerichtet ist, scheint der SU unterstützenswert, weil es ihre Bedrohung mindert. Somit lasse sich erklären, warum die SU auch reaktionäre Regimes (z.B. Iran), aber andererseits auch Befreiungsbewegungen der 3. Welt-Länder. Das bedeutet einen Fortschritt in der Analyse des widersprüchlichen Charakters der SU-Außenpolitik und könnte eine konsensfähige Arbeitsgrundlage darstellen. In diesem Zusammenhang ist erinnert an Otto Bauers These, die Spaltung der Linken könne überwunden, bzw. Handlungsfähigkeit könne erreicht werden und über die Ausarbeitung einer treffenden und differenzierten Einschätzung des und die Etablierung eines aufgeklärten Massenbewußtseins über den realen Sozialismus.

Bücher zum Thema

Wenngleich auch dort die Standpunktlogik nur schwer überwunden wurde – teilweise wurde in Gruppen von 200 Leuten diskutiert – so waren doch produktiver die Arbeitsgruppen am Samstag nachmittag, die sich auf die Ausarbeitung einer Friedenspolitik bezogen. Hier schienen eher Lernprozesse stattzufinden, weil an handgreifliche Realitäten angeknüpft werden konnte. Kurz die wichtigsten Schlüsse:

- Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Politik der Blockfreiheit für Westeuropa und dadurch schrittweise Auflösung der Blocklogik.
- Dazu ist eine Veränderung der hiesigen Gesellschaften, eine Anhebung des Massenbewußtseins und der demokratischen Massenbeteiligung notwendig, um nicht eine 3. Supermacht zu etablieren.
- Der Erfolg der Friedensbewegung ist ihre Aufhebung; so verstanden, daß sie ihre Vorstellungen nur realisieren kann, daß sie in das Volk nur weiter eindringen kann, wenn sie Lösungen für die Ursachen anbietet, die die derzeitige Konfrontationspolitik konsensfähig machen.
- Daß sie also ihre Vorschläge in den Bezug der Entwicklung eines demokratischen

Auswegs aus der derzeitigen tiefen Krise stellen muß. Von den Gewerkschaftskollegen wurde im Zusammenhang mit dem DGB-Friedensappell deutlich gemacht, daß eine Ausbreitung der Friedensbewegung in die Arbeiterbewegung sich nur abspielt über die gleichzeitige Ausarbeitung eines neuen sozialökonomischen Lösungsprogramms, was zur Zeit größtenteils noch erfolgreich durch die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften blockiert wird.

Mit diesen Punkten wurde ein Dilemma deutlich: In der SK wurde oft unterstellt, die Friedensbewegung sei ein homogener sozialer Block. Tatsächlich ist sie eine widersprüchliche Gruppierung sozialer Kräfte, geeint durch die Ablehnung der derzeitigen NATO-Politik und kaum schon zu Handlungen fähig, die über den 10. Oktober hinausgehen und sich auf die Ausarbeitung konkreter Lösungsschritte beziehen. Kaum wurde thematisiert:

- Durch welche Schritte und Vorschläge wird die sozialistische Linke in der Friedensbewegung handlungsfähig?
- Durch welche Strategie ist das erste Ziel der Friedensbewegung, die Ver-

hinderung der Realisierung des NATO-
"Nachrüstungsbeschlusses", zu erreichen?

- Inwieweit stellt die Friedensbewegung in ihrer Widersprüchlichkeit eine neue Qualität der Masseninitiative dar, auf die Marxisten Bezug nehmen können? Sind die Friedensbewegung, ihre Demokratie und Politikformen mit den anderen neuen sozialen Bewegungen Vorstufen zu sich der Möglichkeit nach herausprozessierenden neuen radikaldemokratischen Massenbewegungen.

Die sich faktisch abspielenden politischen Prozesse (wie die Erosion der sozialdemokratischen Hegemonieform etc.) werden mit ihrer weiteren Zuspitzung eine theoretische Annäherung an diese Fragestellung ermöglichen bzw. notwendig machen. Ein Anderes wird mit solchen Feststellungen ferner deutlich: Die Politikform Sozialistische Konferenz ist überholt, weil zu losgelöst von der wirklichen Bewegung. Den Anfangs fälschlich in sie gesetzten Anspruch, sie werde eine Eigendynamik der Vereinheitlichung entwickeln, hat sie nicht erfüllt. Es wird keine SK mehr stattfinden.

Einige positive Entwicklungen sind daraus hervorgegangen, so die „Initiative Sozialistische Politik“ (ISP)

um die neue Zeitschrift „Moderne Zeiten“ und nicht zuletzt das Bewußtsein der linken Kräfte, daß es möglich und produktiv ist, miteinander zu diskutieren und Politik zu machen. Die SK machte trotz alledem deutlich, was für ein Leben und erst Entwicklungsfähigkeit im Marxismus und auch in seinen dogmatisierten Formen, von denen von uns keiner frei ist, steckt im Gegensatz zur verknöcherten bürgerlichen Politik der Repräsentation und Geheimdiplomatie. Sie war in gewisser Weise ein Stück Befreiungsprozeß. Sie soll aufgehoben werden in neuen Formen publizistischer Auseinandersetzung auf konkreter Ebene, in künftig stattfindenden Fachkonferenzen und -seminaren, Kulturmesen und nicht zuletzt in der schrittweisen Etablierung und Verbreiterung sozialistischer Politik.

Paul Bayer

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedenstrategie (1982), S. 75-78

Autor: *Alexander von Pechmann*

Artikel (Kritik)

Diskussion & Kritik

**Alexander von Pechmann:
Anmerkungen zu E. Treptows Artikel
in 2/81**

In seinem Beitrag zur Wissenschaftsfreiheit geht Treptow davon aus, daß sich dieses Problem angemessen nur unter der allgemeinen Fragestellung der Freiheit als solcher diskutieren läßt. Hinsichtlich dieses Freiheitsbegriffs nimmt er drei elementare Differenzierungen vor:

1. Freiheit als Wahlfreiheit,
2. Freiheit als Autonomie und
3. die „positiv-negative Freiheit“, die in dialektischem Sinne die beiden ersten Freiheitsbegriffe als aufgehobene Momente in sich enthält.

Aus der Fülle der angesprochenen methodologischen, erkenntnistheoretischen und weltanschaulichen Probleme möchte ich nun zwei herausgreifen, die mir zentral erscheinen, und sie als Fragen formulieren:

1. Die Wahlfreiheit wird mit dem Argument als bloße Willkür kritisiert, daß die Zufälligkeit des gewählten Inhaltes der Freiheit widerspreche; die Wahlfreiheit sei daher vielmehr Abhängigkeit und Unfreiheit. – Worin liegt aber die Zufälligkeit des gewählten Inhalts? Liegt sie darin, daß der Inhalt ein *vorgefundener* und daher nicht der „Meinige“ ist; oder darin, daß er als *unerkannter* und daher als zufälliger Gegenstand gewollt wird?
2. Gibt es einen höheren Begriff von Freiheit, der über das Verständnis der „positiv-negativen Freiheit“ hinausgeht?

Beginnen wir mit der ersten Frage. Zunächst scheint sich Treptow der Kritik anzuschließen, die *Hegel* am Begriff der Wahlfreiheit geübt hat,

und die er als bloße Willkür erachtet. Hegel konstruiert einen Widerspruch, indem er behauptet, daß der gewählte Inhalt „durch die Natur meines Willens bestimmt ist der Meinige zu sein“ (Rph § 15), daß aber dieser Inhalt zugleich nicht der meinige, sondern ein vorgefundener und zufälliger Inhalt ist; daß ich „also ebenso abhängig von diesem Inhalt“ (ebd.) bin. Daß der gewählte Inhalt der *meinige* sei und doch *nicht* der meinige ist, ist also der unaufgelöste Widerspruch, der in der Wahlfreiheit als bloßer Willkür liegt.

Nun wird die Kritik Hegels an diesem Freiheitsverständnis jedoch nur verständlich, wenn man weiß, daß Hegel die Freiheit als die „Substanz und Bestimmung“ (Rph § 4) des Willens versteht, der in autonomer Selbstbestimmung „die Welt des Geistes aus ihm selbst hervorgebracht, als eine zweite Natur, ist.“ (ebd.) Die wahrhafte Freiheit besteht also für Hegel darin, daß der Geist als Wille den Inhalt *aus sich selbst* hervorbringt und ihn als den Seinigen weiß. – Daher kann Hegel die Willkür auch als widersprüchlich kritisieren: als gewählter Inhalt soll er der meinige sein und ist doch nur ein vorgefundener, zufälliger.

Der Standpunkt von *Marx* ist dieser Auffassung des Geistes hingegen diametral entgegengesetzt. Für Marx kann der Inhalt des Willens niemals ein Produkt des freien, sich selbst bestimmenden Geistes sein, sondern ist immer ein vorgefundener, vom Bewußtsein und Willen der Menschen unabhängiger, *materieller* Gegenstand, der vom Bewußtsein höchstens erkannt, aber nicht gesetzt werden kann. Der Inhalt hat sich nicht nach dem (freien) Willen zu richten, sondern umgekehrt muß sich der Wille nach dem gegebenen Inhalt richten

So faßt es Treptow offenkundig auch auf; denn er schreibt: „Die Wissenschaft ist erst dadurch wirklich unabhängig und frei (‘bei sich im anderen ihrer selbst’), daß sie die Abhängigkeit und gegenständliche Bedingtheit in dieser Weise erkennt und bewußt berücksichtigt.“ (S. 14). In Übereinstimmung mit der Marxschen Auffassung bedeutet das also, daß jedes Bewußtsein, auch das wissenschaftliche, abhängig vom Inhalt ist, und frei nur dann, wenn es diese Abhängigkeit *erkennt* und auch berücksichtigt. Kriterium der Wahrheit ist daher auch nicht der sich selbst bestimmende und wollende absolute Geist, sondern die materielle Praxis.

Fragen wir also nochmals zurück: Worin kann die Kritik an der Willkür sinnvollerweise liegen? Jedenfalls nicht darin, daß der gewählte Inhalt nicht der meinige ist und dennoch der meinige sein soll; sondern darin, daß im Gegenteil die Abhängigkeit meines Willens vom objektiven Inhalt nicht erkannt wird. – Die Apostel der Wahlfreiheit als höchster oder

einzigster Form der Freiheit tun so, als gäbe es einen autonomen Willen, der seinen Inhalt frei setzen könnte; sie erkennen nicht, daß es diese „unbedingte Kausalität“ gar nicht gibt, daß der Wille allemal abhängig ist vom vorgegebenen Inhalt, ob er's weiß oder nicht. Die Kritik an der Wahlfreiheit kann sich also nicht gegen die in ihr enthaltene Heteronomie des Willens, sondern muß sich gegen die Bewußtlosigkeit ihres Tun richten.

Wenden wir uns nun der zweiten Frage zu. Gibt es einen Begriff von Freiheit, der über den einer „positiv-negativen Freiheit“ hinausgeht? Oder anders gefragt: Ist dieser der höchste Freiheitsbegriff?

Nun spricht zwar ein großer Teil der philosophischen Tradition dafür, daß die wirkliche Freiheit als dasjenige Handeln definiert wird, das sich an der Einsicht in die objektiven Notwendigkeiten orientiert. Auch Trep-tow scheint sich dieser Auffassung anzuschließen, wenn er die Freiheit beschreibt als „positiv-negative, aufhebende, dialektische Behandlung der bestimmten besonderen Voraussetzungen bzw. Interessen, und zwar als ein nicht nur individueller, sondern auch gesellschaftlicher Selbstbestimmungsprozeß, der die theoretische Einsicht in die Notwendigkeit (Gesetzmäßigkeit) der Voraussetzungen der Natur und Gesellschaft und ihre praktische Beherrschung einschließt.“ (S. 6)

Fragen wir aber nun weiter, worin eigentlich das wesentliche Moment der „positiv-negativen Freiheit“ liegt. In der *Beherrschung* der Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft oder in dem *Selbstbestimmungsprozeß* von Individuum und Gesellschaft? Im Kontext von Treptows Ausführungen wird dieser Unterschied nicht ganz klar: das Verhältnis wird als „Zusammengehörigkeit von Kontrolle sowie Beherrschung und Selbstbestimmung“ (S. 15) begriffen; oder es wird als „wissenschaftlich fundierte Beherrschung und Kontrolle der eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen durch die produzierenden gesellschaftlichen Individuen in dem Prozeß der praktischen Selbstbestimmung“ (S. 14 f.) verstanden. – Soviel ergibt sich jedenfalls aus dem Zusammenhang: obwohl die Selbstbestimmung und die Beherrschung und Kontrolle zusammengehören, so daß ohne die Beherrschung der natürlichen und der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten der Selbstbestimmungsprozeß und damit die Freiheit nicht wirklich möglich ist, sind beide dennoch nicht ein und dasselbe. Was aber ist dann dieser Selbstbestimmungsprozeß im Unterschied zur Beherrschung jener objektiven Gesetze?

Wäre dieser Prozeß nur die geschichtliche Entwicklung der vermehrten und vertieften Einsicht und Kontrolle der objektiven Notwendigkeiten,

dann wäre die Selbstbestimmung selbst noch auf das 'Reich der Notwendigkeiten' beschränkt und hätte ihre wesentliche Bestimmtheit nur in der abstrakt-negativen *Herrschaft* über das objektiv Notwendige.

Würde die Selbstbestimmung jedoch andererseits Im Sinne einer *Befreiung* des Subjektes von den äußeren Zwängen der Natur und Gesellschaft verstanden werden, dann wäre Freiheit derjenige Zustand, in dem sich das „Selbst“ endlich der objektiven Notwendigkeiten entledigen könnte und damit zur Bestimmung seiner selbst käme. Damit aber würde man das Prinzip der Freiheit wieder in eine autonome geistige Substanz verlegen, die ja oben schon als eine idealistische Konstruktion abgelehnt wurde. Beides kann also nicht gemeint sein, wenn von Freiheit als Selbstbestimmungsprozeß die Rede ist.

Am treffendsten hat m.E. Marx den positiven Sinn der Freiheit als „Selbstbestimmungsprozeß“ herausgearbeitet. Dieser entwickelt sich in der Sphäre, in der die freie Betätigung der Individuen auf den Menschen als *Selbstzweck* gerichtet ist, und die für Marx das „wahre Reich der Freiheit“ ist. Bei aller Kontrolle über die objektiven Gesetzmäßigkeiten „bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeiten. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeiten als einer Basis aufblühen kann.“ Und lapidar fugt er hinzu: „Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ (Kap. III, S. 828)

„Selbstbestimmung“ gilt hier also vor allem als schöpferische Tätigkeit, als freie Entfaltung der individuellen und gesellschaftlichen Potenzen und Fähigkeiten, deren Zweck nicht mehr ausschließlich die Regelung der Befriedigung der Bedürfnisse ist, sondern die Vervollkommnung des Menschen durch dessen freie Selbstbetätigung.

Fragen wir abschließend nochmals zurück: Ist der „positiv-negative Freiheitsbegriff“ der höchste Freiheitsbegriff? Nur dann, wenn der objektive und kritische Charakter des dialektischen Freiheitsbegriffs auch mit dem positiven Zweck der Selbstbestimmung als freier und schöpferischer Entfaltung menschlicher Fähigkeiten verbunden ist. Sonst, so scheint mir, besteht die Gefahr, Herrschaft und Kontrolle mit der Freiheit zu identifizieren, und das Mittel : um Zweck selbst zu machen.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedenstrategie (1982), S. 79-80

Autor: *Elmar Treptow*

Artikel (Notiz)

Elmar Treptow

Notiz zur Gewalt an der Universität

Zum Thema Friedenstrategie und Friedensbewegung gehört auch die Stellung zur Gewalt in der Universität. Die Gewalt weder in jedem Fall schlechthin für berechtigt noch für unberechtigt zu halten, sondern sie konkret im Zusammenhang mit den besonderen Umständen zu analysieren und zu beurteilen, ist charakteristisch für Marx. Von Marx durch einen Himalaja getrennt ist die „Marxistische Gruppe“ insbesondere mit ihrer jüngsten Störung der Vorlesung von Henrich, wenn sie ihre Gewalt mit der Gewalt der Nato zu rechtfertigen sucht (Parole: „Nato schießt, Henrich liest“). Indem sie den besonderen Zusammenhang zwischen dem einen und dem anderen nicht einmal ansatzweise aufzeigt, keinen vermittelnden Übergang machen kann und ein abstrakt falsches Dilemma konstruiert, handelt sie willkürlich, subjektivistisch und voluntaristisch im klassischen marxistischen Wortsinn. Konsequenterweise ist allerdings die Art und Weise, in der hier die kuriose Theorie des Willens und der Demokratie ihre Früchte trägt. (Der subjektivistischen selbstherrlichen Ausschaltung der Vermittlungsschritte entsprechen das Nichtbegreifen der Dialektik der objektiven gesellschaftlichen Entwicklung und die Isolierung von der Praxis der Arbeiterbewegung.) Abstrahiert wird bei der gewaltsamen Störung von der bestimmten Person wie von den konkreten Umständen der Universität, z.B. davon, ob man selbst die Möglichkeit hat, eine Veranstaltung abzuhalten oder nicht. Voluntaristisch

werden die Störungen ebenso unvermittelt beendet wie angefangen und wird wieder argumentiert (obgleich die Nato noch weiter besteht). Entgegen der ständig wiederholten Devise: „laß dich auf die Bestimmtheit der Gegenstände ein“ wird die Abstraktion noch weiter getrieben mit der Berufung auf die Geschwister Scholl, die gegen den Nationalsozialismus ihr Leben einsetzten. Was könnte man mit solchen hohlen Analogie-Konstruktionen und abenteuerlichen logischen Deduktionen künftig nicht alles noch rechtfertigen! –

Marx in der Sitzung der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten in der Depressionszeit nach der Niederlage der Revolution von 1848 gegen die sektiererische Fraktion Willich-Schapper: „Statt der materialistischen Anschauung des 'Manifestes' ist die idealistische hervorgehoben worden. Statt der wirklichen Verhältnisse der *Wille* als Hauptsache in der Revolution hervorgehoben worden. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkrieg durchzumachen, um die Verhältnisse zu ändern, um euch selbst zur Herrschaft zu befähigen, ist statt dessen gesagt worden:

Wir müssen *gleich* zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen ...

Diese Debatte hat endlich bewiesen, welche prinzipiellen Differenzen den Hintergrund der persönlichen Streitigkeiten bildeten, und jetzt ist die Zeit einzuschreiten.“

Ein versöhnlicher Schluß: marxistische Gepflogenheit ist es, die Welt als veränderbar anzusehen; die „Marxistische Gruppe“ ist darin eingeschlossen.

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 81

Autorenverzeichnis

Anhang

Verzeichnis der AutorenInnen

Bayer, Paul	Student der TU München, z.Zt. Soldat
Gollwitzer, Helmut	Professor der Theologie u. Philosophie, Berlin
Leon, Bernard	Student der Theologie u. Philosophie in München
Markl, Karl-Peter	Lehrbeauftragter der Philosophie in München
v. Pechmann, Alexander	Dozent an der Münchner Volkshochschule
Redinger, Angela	Studentin der Amerikanistik, Philosophie u. Politikwissenschaft in München
Schraven, Martin	Student der Philosophie, Geschichte u. Politikwissenschaft, München
Treptow, Elmar	Universitätsdozent der Philosophie in München

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 3 (1/82) Friedensbewegung und Friedens-
theorie (1982), S. 82

Impressum

Anhang

Impressum

Herausgeberkollektiv: Ralph Marks, Alexander von Pechmann, Elmar
Treptow, Martin Schraven

Presserechtlich verantwortlich zeichnet:

Alexander von Pechmann, Ehrengutstr. 21, 8000 München 5

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht
des Herausgeberkollektivs wieder.

